

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 Mal und ist durch die Expedition, Neue Strassenstr. 5/6, und durch Postbestellung zu beziehen. Preis vierteljährlich 2.50, pro Woche 20 Pf. Durch die Post bezogen 2.50, frei ins Haus 2.92, wo keine Postanschrift, 3.34.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Subskriptionspreis für die einjährige Colonie über Herrn Raum 20 Pf. Subskriptionspreis 40 Pf. Postgebühr einer Exp. 1 Pf. Postgebühr für Arbeitswacht 15 Pf. Zusätzliche Beiträge u. Bestellungen 15 Pf. Unterrichts für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 9 Uhr bei der Expedition abgegeben werden.

Telephon
Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon
Expedition 1206.

Nr. 276.

Breslau, Dienstag, den 25. November 1913.

24. Jahrgang.

Was die Arbeiter vom Reichstag erwarten.

Die Verhandlungen und Beschlüsse des Reichstages in diesem Winter sind unter allen Umständen von großer Bedeutung für die Arbeiter. Soll dieser Reichstag den Ausbau unserer Arbeiterschutzgesetzgebung, der den Arbeitern vor den letzten allgemeinen Reichstagswahlen ausdrücklich versprochen wurde, und der dringend notwendig ist, durchzuführen, dann muß damit jetzt endlich ernsthaft begonnen werden. Zwar bleibt der Reichstag noch zwei weitere Winter zusammen, falls nicht etwa außergewöhnliche Umstände ihn durch die Auflösung ein vorzeitiges Ende befehlen. Doch werden die beiden nächsten Jahre von den Verhandlungen über die neu abzuschließenden Handelsverträge so sehr in Anspruch genommen werden, daß nicht mehr die nötige Zeit zu einer gründlichen Erörterung der Arbeiterschutzfragen bleibt. Daher ist es jetzt die höchste Zeit, daß der Reichstag die den Arbeitern abgegebenen Versprechungen erfüllt.

Alle Parteien haben vor den letzten Reichstagswahlen in ihren Flugblättern und in den Reden ihrer Kandidaten versprochen, daß sie die Arbeiterschutzgesetze verbessern wollen, soweit dies notwendig ist. Demnach dürfte eine Meinungsverschiedenheit zwischen den Parteien nur noch darüber möglich sein, welche Verbesserungen notwendig seien.

Die gegenwärtige Zeit ist aber derart, daß auch dieser Schritt ausgeschlossen sein dürfte. Die große Arbeitslosigkeit, die wir jetzt schon haben, und die weitere Ausbreitung der Arbeitslosigkeit, die wir für die nächste Zukunft befürchten müssen, mahnen uns nur zu sehr an eine der schlimmsten Läden unserer Arbeiterschutzgesetzgebung: für die Entschädigung der arbeitslosen Arbeiter ist noch immer nicht gesorgt. Daher ist es jetzt die wichtigste Aufgabe des Reichstages, hier einzugreifen.

Die Reichsverwaltung hat bereits verlauten lassen, daß sie die Arbeiter auch diesmal wieder mit mehr oder weniger schönen aber unverbindlichen Versprechungen abspeisen will. Unsere Genossen im Reichstag werden es an der nötigen Antwort nicht fehlen lassen; sie werden es den Regierungsmitgliedern mit aller Deutlichkeit klar machen, daß den arbeitslosen Arbeitern mit solchen Versprechungen ganz und gar nicht geholfen ist, daß vielmehr die Gesetzgebung unter allen Umständen für eine angemessene Entschädigung der arbeitslosen Arbeiter sorgen muß. Dieser Antwort wird die große Masse der Arbeiter im Reich eine möglichst starke Nachdruck geben: einen Nachdruck, dessen Kraft davon abhängen wird, wie weit sich die Arbeitslosigkeit ausdehnt. Je größer die Zahl der arbeitslosen Arbeiter wird, um so lauter muß naturgemäß ihr Ruf nach Brot werden. Das mögen auch die bürgerlichen Parteien und die Regierungen beachten; die sie sollten daraus die Mahnung entnehmen, ebenfalls alles zu tun, um den arbeitslosen Arbeitern diese schwere Zeit durch ein möglichst weites Entgegenkommen der Gesetzgebung und Verwaltung zu erleichtern.

Ferner erinnert die Arbeitslosigkeit den Reichstag an eine lange Reihe von Arbeiterforderungen, die er bisher nur zu sehr vernachlässigt hat. Fehlt es uns doch im Reich noch immer an einem vollständigen Netz sachgemäß geleiteter Arbeitsstellen, die, soweit es irgend möglich ist, den arbeitslosen Arbeitern passende Arbeitsgelegenheit schnell und ohne Kosten nachweisen.

Vielleicht noch wichtiger ist es, daß für die männlichen Arbeiter über 16 Jahren die Dauer der täglichen Arbeitszeit dort, wo es nicht eine starke Gewerkschaft verhindert, in der Regel nach dem Belieben des Betriebsleiters bis in die späte Nacht ausgebeutet werden kann. Bei gutem Geschäftsgang läßt mancher Unternehmer „seine“ Arbeiter ohne Rücksicht auf deren Gesundheit länger und länger arbeiten, damit er die günstige Geschäftszit möglichst ausnützt. Die Folge davon ist, daß der Markt um so schneller überfüllt wird, der Geschäftsgang um so schneller stockt, die Unternehmer um so schneller ihren Betrieb einschränken müssen, immer mehr Arbeiter um so schneller arbeitslos werden. In der guten Geschäftszit leidet so mancher Arbeiter durch das Übermaß an Arbeit; in der schlechten Geschäftszit wird er durch den Mangel an Arbeit dem schlimmsten Elend überliefert.

Sa, sogar jetzt, da so viele Arbeiter bergeblich eine passende Arbeit suchen, heuert mancher Unternehmer die Vorkasse der Arbeiter dadurch aus, daß er so viel Arbeiter, wie er nur irgend entbehren kann, entläßt, aus den noch beschäftigten Arbeitern aber in einer möglichst langen Arbeitszeit möglichst viel Arbeit bei verringertem Lohne herauspreßt. Solche Erfahrungen zeigen, wie berechtigt und dringend die Forderung ist, daß die Gesetzgebung für alle Arbeiter die Dauer der täglichen Arbeitszeit sachgemäß begrenzt.

Vor allem aber gilt es, die jungen Arbeiter von 16 bis 18 Jahren so zu schützen, wie es die Rücksicht auf ihre körperliche und geistige Entwicklung erfordert, also

namentlich die Dauer der täglichen Arbeitszeit in engeren Grenzen zu halten, und sie unbedingt vor der Nacharbeit zu bewahren. Eine Schmach ist es für uns, daß auf der Arbeiterschutzkonferenz der Regierungsvertreter aus allen in Betracht kommenden Ländern Ende dieses Sommers in Bern die deutschen Vertreter gegen diese notwendige Verbesserung des gesetzlichen Arbeiterschutzes gewirkt haben. Demgegenüber sollte der Reichstag durch seine Taten beweisen, daß er die Wichtigkeit zu würdigen weiß, die gerade die Zeit bis zum 18. Lebensjahre für die Ausbildung eines leistungsfähigen Arbeiter Nachwuchses hat; er sollte wenigstens der deutschen Arbeiterjugend den gesetzlichen Schutz gewähren, der ihr die volle Entfaltung ihrer körperlichen und geistigen Kräfte ermöglicht.

Fretlich ist ein Teil der Arbeiterkinder selbst in den jüngsten Lebensjahren ohne den notwendigen Schutz. In der Landwirtschaft und im Haushalt gilt das Kinderarbeitsgesetz nicht. Hier hat bisher die Gesetzgebung des Reiches völlig versagt; hier herrschen denn auch noch nur zu oft unerhörte Mißstände, sodaß der Reichstag unter keinen Umständen noch länger die notwendigen Schutzbestimmungen hinauschieben darf.

Dazu kommen die bereits dem Reichstage zugegangenen Entwürfe und die inoffiziellen angekündigten Vorlagen: die Verbesserung der Bestimmungen über das Wettbewerbsverbot der Handlungsangestellten, die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe, die Einschränkung der Lohnbeschlagnahme, die Regelung des Wohnungswesens.

Schließlich bleibt noch als eine sehr bedeutungsvolle Aufgabe, die Vereinheitlichung, Vereinfachung und der sachgemäße Ausbau unserer Arbeiterrechte. Nur dadurch können wir erreichen, daß die Arbeiter instande sind, die für sie geltenden Bestimmungen zu übersehen und daran mitzuarbeiten, daß das Gesetz überall entsprechend den besonderen Verhältnissen in den einzelnen Berufszweigen und Bezirken auch wirklich sachgemäß durchgeführt wird.

Arbeit, sehr wichtige und dringend notwendige Arbeit hat der Reichstag wahrlich genug und übergenug vor sich. Jetzt muß er zeigen, was er will und was er kann. Die Arbeiter werden seinen Verhandlungen und Beschlüssen aufmerksam folgen und daraus ersehen, wie in Wahrheit die einzelnen Parteien ihre Versprechungen erfüllen.

Politische Uebersicht.

Die Austrittsbewegung.

In der Geschichte moderner Glaubenskämpfe wird der Tag nach dem Vultag 1913 denkwürdig bleiben; er hat der Austrittsbewegung letztendlich einen Erfolg gebracht, wie er ihr noch nicht beschieden war. In zwölf Versammlungen in Berlin haben zwanzigtausend Personen teilgenommen, von denen, wie mitgeteilt, 4200 ihren Austritt aus der Landeskirche erklärten.

Wenn das Verdienst oder die Schuld an diesem starken Erfolge in der konservativen Presse der Sozialdemokratie zugeschrieben wird, so muß das abgelehnt werden. Nicht die Sozialdemokratie, die sich als Ganzes den Unternehmungen des „Komites Konfessionslos“ gegenüber neutral verhält, sondern die königlich preussische Polizei hat sich als die stärkste Förderin der Austrittsbewegung erwiesen. Zudem sie die Versammlungen für den Vultag verbot, während sie nicht instande war, ihr Stattfinden am folgenden Tage zu verhindern, hat sie für den Massenbesuch die denkbar zugräftigste Propaganda gemacht. Zugleich hat die Nachricht reaktionärer Blätter, die Frau des deutschen Kaisers protegiere die kirchliche Abwehrbewegung, und unter ihrem Einfluß werde man durch Erhöhung der Gebühren den Bestreben den Austritt aus der Kirche unmöglich machen, nicht weniger alarmierend gewirkt. Lausende sagten sich: Nun erst recht! Die Gegner, die durch ihre maßlosen Ungeschicklichkeiten den Propagandisten der Kirchenfreiheit Wasser auf die Mühle treiben, machen sich einfach lächerlich, wenn sie über sozialdemokratische Mache zetern.

Nach einem Bericht der „Post“, deren Wahrheitsliebe allerdings zweifelhaft ist, soll in einer Berliner Versammlung ein Pastor, der als Gegner das Wort ergriß, mit schmähenden Zurufen bedacht worden sein. Wäre das richtig, so wäre ein solches Verhalten zu bedauern und zu verurteilen. Es ist allerdings aus der Geschichte bekannt, daß sich menschliche Gemüter an nichts so heftig entzünden, als an religiösen Fragen. Man hat um diese Fragen noch mit ganz anderen Waffen gerungen, als mit Worten, die, nach einem englischen Sprichwort, kein Bein zerbrechen, und man hat auch in geistigen Kämpfen der Vergangenheit mit Kraftworten umzugehen gewußt, die nicht minder schwer wogen, als die Feldsteine der homerischen Helden. Abraham a Santa Clara auf der katholischen, Martin Luther auf der evangelischen Seite waren geradezu Klassiker des sogenannten „schlechten Tons“. Trotzdem wird man gerade von Freidenkern verlangen müssen, daß sie auf die Methoden des Pfaffenstumpfs verzichten und der geanerlichen Meinung Achtung entgegen-

bringen. Im übrigen sieht sich selbst die „Post“ genötigt, zu schreiben:

Wer innerlich mit der Kirche gebrochen hat, mag austreten, soll austreten. Unsere evangelischen Pastoren selber sind es, die eine reinliche Scheidung wünschen, die schwer zu tragen haben an den Hals und den Lauen.

Dies und nichts anderes ist der Standpunkt, den auch die meisten Sozialdemokraten einnehmen, ohne daß die Sozialdemokratie selbst auch nur so weit ginge, ihn für den Standpunkt der Partei zu erklären. Die sozialdemokratische Partei läßt ihren Mitgliedern volle Freiheit, für oder gegen den Austritt zu arbeiten, in der Kirche zu bleiben oder aus ihr auszutreten. Aus einer Welt der falschen Vorstellungen stammen daher auch die Befürchtungen, die in einer Berliner Versammlung Herr Pastor Le Suez äußerte. Der meinte zwar auch, man könne sagen, es sei erfreulich, wenn die aus der Kirche austreten, die innerlich mit ihr zerfallen seien, dann malte er aber schwarze Zukunftsbilder an die Wand, wie der sogenannte sozialdemokratische Terrorismus die Austrittsbewegung überhand werde.

„Dann“, sagt Herr Pastor Le Suez, „wird man zum Terrorismus übergehen; Arbeiter, kleine Kaufleute, Handwerker usw. wird man boykottieren, wenn sie nicht die Kirche verlassen — und was diese sozialdemokratischen Waffen noch mehr sind.“ Eine solche Auffassung kann nur äußern, wer vom Wesen der Sozialdemokratie keine Ahnung hat. Einen Menschen wegen seiner religiösen Überzeugung zu schädigen, ist ein Verbrechen, das religionsfanatisch, pfäfflich, aber in keiner Weise sozialdemokratisch ist. Man möge doch zunächst einmal vor den eigenen Toren stehen und dafür sorgen, daß die Nichtchristen — das heißt die erklärten Nichtchristen, denn der stillen sind allzubiele — nicht vom Staate boykottiert werden, indem man ihnen die Offiziers- und Beamtenlaufbahn versperrt. Man möge die Schule vom religiösen Zwangsmittelrecht befreien, und es überhaupt aufgeben, die brutalen Machtmittel des Staates für oder gegen religiöse Überzeugungen in Anwendung zu bringen. Ueber die Sozialdemokratie mag man aber erst sprechen, wenn sie die Dinge begehrt, deren sie Herr Le Suez auf Vorstoß leichtfertig beschuldigt, obgleich sie an sie nicht denkt, niemals, solange sie bleibt, was sie ist, an sie denken kann!

Es ist interessant, zu sehen, wie ein Berufscollega des Herrn Pastor Le Suez, der bekannte Professor Rade-Marburg, die Sachlage ganz anders beurteilt. Der sieht die größte Gefahr für die Kirche nicht in dem angeblich zu befürchtenden Terrorismus der Sozialdemokratie, sondern in dem wirklichen Terrorismus des Staates. Er schreibt in seiner „Christlichen Welt“:

Gott gebe nur, daß der Staat keine Fehler macht. Das wäre das Schrecklichste für die Kirche, wenn er meinte, nun erst recht mit großer Geschick ihre Kriege führen zu müssen. Zum Beispiel, wenn er nun erst recht — die Dissidentenänder in den Religionsunterricht zwänge. Wenn das der Kurs bleibt, den man zur Ehre Gottes und zum Heil unseres Volkes innehält, dann wird es Zeit, daß man selber dieser Staatsreligion den Rücken kehrt. Von christlichen Gelehrten wegen!

Man sieht, daß die aus der Kirche Ausgetretenen auch im Sinne manches Kirchenmitgliedes ein gutes Werk tun, wenn sie mit loyalen Mitteln ihre Zahl zu vermehren suchen, um im Kampfe für ihre volle staatsbürgerliche Gleichberechtigung, für die volle Freiheit religiöser Gesinnung mit einer möglichst starken Armee aufzumarschieren zu können. Im Interesse dieser Freiheit ist es gut, wenn die Konfessionslosen, die nicht gleichbedeutend sind mit Sozialdemokraten, aufhören, eine verschwindende Minderheit zu sein, wenn sie sich durch ihre Zahl zu einer Macht entwickeln, die ihre Forderungen an den Staat stellen kann. Für Berlin scheint sich die Zeit zu nähern, in der die Konfessionslosen einen bemerkenswerten Prozentsatz der Bevölkerung bilden werden, und man darf hoffen, daß diese Verschiebung für den Fortschritt kirchlicher Toleranz und religiöser Freiheit nur von Nutzen sein wird.

Militärjustiz gegen „Wades“.

Mit Hilfe des bewährten preussischen Systems hat man es nun richtig so weit gebracht, daß die Affäre des Leutnants von Zabern zu einem europäischen Skandal geworden ist. Hätte man den liebenswürdigen jungen Mann, der für jeden erstochenen Wades zehn Mark zahlt und seinen Mannschaften gratis die Erlaubnis gibt, auf die französische Fahne zu ... , sofort mit der gebührenden Energie beim Ohr genommen, so wäre die Sache zwar immer noch ärgerlich genug gewesen, niemand aber hätte der Reichsregierung den Vorwurf machen können, daß sie sich mit dem kleinen Leutnant identifiziert hätte. Jetzt aber wird die Nachricht, daß über Herrn v. Forstner und seinen Unteroffizier, der noch 3 Mark dozulegen wollte, äußerst gelinde Arreststrafen verhängt worden seien, sementiert, und dafür wird gemeldet, daß der Feldweibel

Haltet und neun Soldaten wegen „militärischen Komplotts“ verhaftet worden sind. In dieses militärische Komplott verflochten sich die Bedauernswerten dadurch verwickelt haben, daß sie dem „Eisener“ die offiziell abgelehnte unankündigte Bemerkung des Herrn von Forstner über die Trifolore beifügten. Außerdem sind 31 elässische Rekruten des 3. Bataillons in andere elässische Garnisonen versetzt worden, ja, man will, wie der „Deutsche Kurier“ meldet, sogar dazu übergehen, elässische Rekruten überhaupt nicht mehr im Elfaß dienen zu lassen — eine „Vertrauensfrage“ für die elässische Bevölkerung, die ihr Verhältnis zur Reichsregierung nur noch angenehmer gestalten könnte. Nach einer weiteren Meldung ist der Redakteur des „Zoberner Anzeigers“ vor das Regimentskommando geladen worden und man soll ihm „nabegleitet“ haben, die Zoberner Anzeigerzeitung in anderer Weise zu behandeln als bisher, was der Redakteur erfreulicherweise ablehnte.

Was aber die Soldaten erwartet, die das Verbrechen begingen, über die Vorgänge in der Kaserne die Wahrheit zu sagen, das steht mit behaglicher Breite die „Post“ auseinander:

Wenn man sich die Frage vorlegt, welche Strafen die Rekruten im einzelnen treffen können, so kommt hier zunächst § 101 des Militärstrafgesetzbuchs in Betracht. Derselbe wird jeder, der zu einer gemeinsamen Vorstellung oder Beschwerde über militärische Angelegenheiten Unterschriften sammelt, mit einer Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren und die daran Beteiligten mit Freiheitsstrafen bis zu sechs Monaten bestraft. Selbstverständlich dürften auch die allgemeinen Ungehorsamsparagraphen (§§ 92, 93) in Anwendung kommen. Besonders der letztere, in welchem Ungehorsam, der die Gefahr eines erheblichen Nachteils herbeiführt hat, mit einer Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren bedroht, unter der „Gefahr eines erheblichen Nachteils“ dürfte sich jede Schädigung der Disziplin, wie sie im vorliegenden Fall in so krasser Weise tatsächlich erfolgt ist, zu verstehen sein. Unter Umständen könnten auch § 89, welcher die Amtsverletzung bestraft, herangezogen werden.

Also zwei Jahre, drei Jahre Gefängnis für die uniformierten Wachen, die eine Leutnantsrede der Öffentlichkeit übermitteln haben, für den freiherrlichen Leutnant nichts. Der junge Mann, der mit seinem Redezeugen in die reichslandische Presse getreten, die französische Öffentlichkeit zu Protesten herausforderte, bleibt das Nachhaken der Regierung. Und zuguter Letzt kommt noch die Nachricht, daß auch ein Abschiedsgesuch des Regimentskommandeurs v. Reuter nicht genehmigt worden sei.

Gerechtigkeit, Gerechtigkeit! Preussische deutsche Gerechtigkeit!

Am Sonntag wird noch gemeldet:

Die elässischen Soldaten, die unter dem Verdacht in Haft genommen worden waren, die Äußerungen des Leutnants von Forstner in die Öffentlichkeit gebracht zu haben, sind freigelassen worden. Nur der Feldwebel wurde in Haft gehalten, weil er im dringenden Verdacht steht, den Strahburger Zeitungen das Material in die Hände geliefert zu haben. In der Redaktion des „Zoberner Anzeigers“ wurden Pausfuchungen vorgenommen zu dem Zweck, aus den Manuskripten zu ersehen, welche Personen in Frage kommen. Die Pausfuchung verlief resultatlos.

Ferner verlautet, daß das von Oberst von Reuter vom 2. Oberheinischen Infanterie-Regiment Nr. 99 eingereichte Abschiedsgesuch vom Kaiser nicht genehmigt worden ist.

Eine mutige Regierung

verlangt, nachdem die Berliner Scharfmacher es vorgeplappert haben, nunmehr auch die „Schlef. Zig.“ Sie verlangt die Einbringung eines Gesetzesentwurfs zum Schutze der Arbeitswilligen, weil sie darin ein Mittel sieht, die Linksparteien kräftig zu überwerfen und prophezeit:

„Daß sich noch einmal der fatale Vorgang einer „Verhärterung“ der Arbeitswilligenvorlage wiederholen könnte,

dürfte ausgeschlossen sein. Einen solchen Triumph wird der Reichstag der Sozialdemokratie kaum zum zweitenmal bereiten. Das wäre jedenfalls angesichts der letzten Stimmung im Volke auch viel zu riskant.“ Umso begründeteren Anlaß hätte aber unter Umständen die Regierung der Lösung der Arbeitswilligenfrage näher zu treten und dabei selbstverständlich die Führung zu übernehmen. Durch parlamentarische Mißfolge darf sich eine Regierung, an die sich alle Volkselemente in ihrer Notlage wenden, von der Verfolgung wichtiger Aufgaben nicht abhalten lassen.“

Sehr richtig! Deshalb, weil die freche Junkerlaste der Regierung eine Wahlreformvorlage vor die Füße warf, brauchte sich die Regierung von der Verfolgung dieser wichtigen Aufgabe nicht abhalten zu lassen. Der Meinung scheint auch Bismarck gewesen zu sein, aus dessen Aussprüchen die „Schlef. Zig.“ folgendes zitiert:

„Wir wiederholen die Gesetzesvorlagen, in denen die Ueberzeugung der Regierung sich ausdrückt, um den Wählern dadurch zu sagen: wir haben die Ueberzeugung, daß unsere Vorlagen richtig waren, keineswegs deshalb aufgegeben, weil wir an der Majorität damit gescheitert sind. Wir halten vielmehr an unserer Ueberzeugung fest, wir haben sie nicht trivial gesagt, sondern nach sorgfältigem Nachdenken und halten daran fest, so lange der Einzelne von uns lebt und strebt.“

Vielleicht hat die Regierung die Wahlreformvorlage, die ja als eine der dringendsten Aufgaben der Gegenwart bezeichnet wurde, auch nach „sorgfältigem Nachdenken“ ausgearbeitet — obwohl das bei modernen Regierungen immer teller vorkommt — und sie hätte demnach Anlaß, an ihren Anschauungen festzuhalten und ihre Vorschläge zu wiederholen. Die Erinnerungen der „Schlesischen Zeitung“ sind von diesem Standpunkte aus durchaus beherzigenswert.

Im Namen des Christentums!

In der Hauptversammlung des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus hat der fortschrittliche Reichstagsabgeordnete Pastor Heyn von der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche zu Berlin über den Kiener Prozeß gesprochen und es als einen Hohn auf das Christentum bezeichnet, wenn man im Namen des Christentums die Massen unter der Beschuldigung, die Juden hätten einen Ritualmord begangen, zu einer Judenschänderei aufzureizen und einen unschuldigen Menschen 2 1/2 Jahre ins Gefängnis sperren. Diesen Verächtern des Christentums rufe er als evangelischer Geistlicher — und er befinde sich damit zweifellos im vollen Einverständnis mit allen seinen Amtsbrüdern ein verächtliches Pfui zu.

Dieses Pfui hat die „Deutsche Tageszeitung“ schwer getroffen. Sie hat nichts dagegen, daß Juden und Judenfreunde gegen den Gedanken, es könne Ritualmorde geben, Stellung nehmen. Wenn es aber in der von Pfarrer Heyn bestellten Weise geschieht, so müsse der Widerwille jedes unbefangenen und vornehm denkenden Menschen geweckt werden.

Wie kann der Pfarrer Heyn davon sprechen, daß man im Namen des Christentums die Massen zu einer Judenschänderei aufzureizen habe? Jeder anständige, jeder religiös denkende Mensch muß solche Ausdrücke aufs entschiedenste verurteilen.

Ist das Blatt des Herrn Dertel so bumm oder stellt es sich nur so, um nichts von den Pogroms zu wissen, die im Namen des Christentums unternommen werden? Jedenfalls ist es eine merkwürdige Vornehmheit und vor allem eine merkwürdige Religiosität, bei der durch die Feststellungen des Pfarrers Heyn Widerwille erweckt werden kann.

Freunde und Gegner der Arbeitslosen-Versicherung

Unmittelbar vor dem Zusammentritt des Reichstags hat der Vorstand des Deutschen Städtetages eine neue Kundgebung zugunsten der allgemeinen Reichsarbeitslosen-Versicherung erlassen. Er erklärt, an den Beschlüssen des Wiener Städtetages von 1911 festzuhalten und läßt über das Ergebnis seiner Besprechung u. a. mitteilen:

Folgende Tatsachen sind als besonders bedeutungsvoll festgestellt worden. Die in großem Umfang von den Städten veranstalteten Notstandsarbeiten stellen eine allgemeine Lösung der Arbeitslosenfrage ebenso wenig dar wie die jetzt von verschiedenen deutschen Städten durchgeführten Versuche, eine städtische Arbeitslosen-Versicherung einzurichten. Die Arbeitslosenversicherung ist nur als Reichssache möglich. Auf einen Antrag des Vorstandes des Deutschen Städtetages vom 25. September 1911, der Bundesrat wolle ein Gesetz zur Regelung der Arbeitslosenversicherung in den Weiterfassung-Bewerben einbringen, ist leider seitens der Reichsregierung eine Antwort nicht erteilt worden. Auch Reichs- oder Staatszuschüsse zu städtischen Anstalten sind nicht gewährt worden. Ebenfalls ist dem Wunsche einzelner Städte nach Ermächtigung zur Einführung einer Zwangsversicherung durch die Reichsregierung entsprochen worden.

Der Vorstand des Deutschen Städtetages besteht wahrlich nicht aus „Umstürzern“ und „Utopisten“. Eine besondere Neigung dieser Herren, sich bei der Sozialdemokratie beliebt machen zu wollen, ist gleichfalls nicht bemerkt worden. Wenn aber diese oft allzu nüchternen, erfahrenen Verwaltungspraktiker mit ihrem Vorkisenden, dem Reichssekretär a. D. Wermuth an der Spitze, in diesem Falle trotzdem eine sozialdemokratische Forderung unterstützen, so tun sie das gewiß nur deshalb, weil ihr soziales Gewissen, ihre sachliche Ueberzeugung sie dazu zwingt.

Gegen so gewichtige Stimmen wird auch der Wochenblätter der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ schwer aufkommen, der wieder einmal den Auftrag erhalten hat, gegenüber den positiven Forderungen einer praktischen Sozialreform starre Negation zu treiben. Der Bedauernswerte hat ja überhaupt noch nicht den Versuch gemacht, irgend etwas Selbständiges zu dem Gegenstand zu sagen, aber das, was er in seinem letzten Wochenrückblick vor dem Wiederbeginn der Reichstagsarbeiten vorbringt, ist ein direkt erbärmliches Gemammel.

Das Genter Arbeitslosen-Unterstützungssystem wird von dem Kanzlerblatt mit einer wegwerfenden Handbewegung abgetan: „Eine gewisse Berechtigung zusprechen könnte man dem System nur, wenn alle Arbeiter und namentlich die ungelerneten davon profitieren.“ Dann höhnt das Blatt: Die Gewerkschaften mögen doch ihre ungeheuren Mittel anstatt für Streiks auszugeben, den Arbeitslosen zuwenden. Eine Unterstützung der arbeitslosen Gewerkschaftsmitglieder aus Staats- und Gemeindegeldern sei gleichbedeutend mit der Stärkung des Streikfonds der Gewerkschaften. Uebrigens leiden, so behauptet das Blatt, die kleinen Handwerker noch mehr als die Arbeiter unter dem Niedergang der Konjunktur. Dann heißt es wörtlich:

„Soll nicht geleugnet werden, daß eine große Zahl von Arbeitern unverschuldet arbeitslos wird, so läßt sich doch die Frage, wo hier die Grenze liegt, wer schuldlos und wer verschuldet arbeitslos geworden ist, außerordentlich schwer entscheiden. Die arbeitslosen Elemente werden sich naturgemäß in allererster Linie zur Arbeitslosen-Unterstützung herandrängen und keine ernsthaften Versuche machen, Arbeit zu erhalten. Die Arbeitslosenversicherung kann überdies im Gegenzug zu den übrigen Zweigen der Arbeiterversicherung, bei denen der einzelne Versicherungsfall genau feststellbar ist, nicht auf verfahrenstechnischer Basis begründet werden.“

Nichts als saule Ausreden, die durch die Praxis in Dänemark, England und Schweden und zahlreichen Kommunen längst widerlegt sind. Aber wo hätte die Bethmann'sche Regierung für eine Arbeiterforderung Interesse!

Eine Gartenstadt gegen die Wohnungsnot.

In Salverstadt beschloß die Stadtverordnetenversammlung die Errichtung einer Arbeitergartenstadt. Die Stadt trägt 95 Prozent der Kosten, während eine Genossenschaft gegründet worden ist, um die Verwirklichung des Projektes durchzuführen. In der Debatte über die Vorlage wurden die traurigen Wohnungsverhältnisse, unter denen die arbeitende Bevölkerung lebt, in helle Beleuchtung gerückt, sodaß sich trotz geheimer Abstimmung eine Mehrheit für das den Hausbesitzern natürlich nicht genehme Projekt ergab. Vom Bürgermeister Weisenborn wurde u. a. erwähnt, daß bei einer Kontrolle in fünfzehn Straßen 42 Wohnräume gefunden wurden, die ohne Licht waren. 16 Schlafsäle waren weniger als 2,10 Meter hoch, d. h. noch 10 Zentimeter niedriger als das von der Polizei vorgeschriebene Mindestmaß. 183 Räume waren überfüllt. 171 Räume hatten

„Das alte echte deutsche Bürgerturn war republikanisch“, große Dächer.

„Um so besser!“ rief der Bildhauer. — „Ein Siegesdenkmal ist auch ein Friedensdenkmal; was hätten wir von dem Siege, wenn er uns nicht den Frieden brächte? Den Frieden nach außen, den Frieden nach innen; innerhalb der Parteien! Die Parteien der Partei in den Köpfen, auf den Gesichtern meiner Mitmenschen auszudrückt ist, um so deutlicher wird die tiefinnige patriotische Symbolik des Wertes hervorstrahlen. Und deshalb muß man meinem Bürgermeister den Republikaner und Abelschäfer auf Hundert Schritt ansetzen, ebenso wie meinem Regimentskommandeur den eingeweichten Feudalen und Demokratenfeind. Und da habe ich nun wieder ein Modell, das in seiner Weise ebenso klassisch ist: den General von Werben.“

Reinhold schaute erschrocken auf: der Name kam ihm so unheimlich vor. — „Der Vater hat die Werben“, hatte Ferdinandemal vorhin gesagt.

In der Tat war Onkel Ernsts Gesicht plötzlich wie in Nacht getaucht; auch die Frauen markten das herausstehende Gewitter fürchten: Ferdinandes schöne Pflge wurden mit einem plötzlichen Rot überzogen, das ebenso plötzlich ein köstliches Blasse wich; Lante Rücken warf dem Bildhauer einen schellen Angstlichen Blick zu und schüttelte bestohlen-abwehrend mit dem Kopfe; aber der merkte von dem allen nichts.

„Es wird der Anlaß des Bildes!“ rief er: „Mit dem Ausbruch befreidigten Eigerholzes, aber auch mit dem überwindenden Parteitrotzes, als wolle er sagen: das Parteitrotz zwischen uns ist nun auf alle Zeiten begraben! Trete mein General, sich seitwärts tief herabbeugend, meinem Bürgermeister die Hand entgegen, die jener mit männlich-freudiger Rührung umfaßt, die deutlicher als Worte sagt: So soll es sein!“

„So soll es nicht sein!“ rief Onkel Ernst mit einer Donnerstimme. — „Es ist die Hand erfasse, soll diese meine Rechte hier verdorren! und wer mit die Schmach auch nur im Bilde an dem wolle, zwischen dem und mir tödlich das Tischhuch zerfächern — so!“

Und er zog das Messer, das er ergriffen, quer über das Tischhuch, wozu es aus der Hand, stieß seinen Stuhl zurück und erhob sich laumelnd.

Aber es war nur die Wirkung des Verfertigerjones gewesen; denn er stand, als Reinhold auf ihn aufsprang, ihn zu unterstützen, wieder fest, und sagte in einem Tone, dessen erzwungene Ruhe selbst am unheimlich mit dem wilden Ausbruch kontrastierte: „Wir haben zu lange bei Tisch gefessen; da fißt das Blut und steigt einem zu Kopfe. Gute Nacht, Reinhold, auf Wiedersehen morgen! Gute Nacht, ihr andern!“ Er war gegangen. (Fortsetzung folgt.)

Sturmflut.

Roman von Friedrich Spielhagen.

26: (Nachdruck verboten.)

Onkel Ernst schüttelte in diesem Augenblicke auch das Haupt, aber keineswegs mißmutig, vielmehr mit einer gewissen grimmigen Befriedigung, wie sie Reinhold während des ganzen Abends noch nicht an ihm wahrgenommen. Sollte er gegen Schmeichelei nicht weniger unempfindlich sein, als andere Tyrannen auch? dachte Reinhold.

„Und der neue Auftrag?“ fragte er.

„Ein ganz famöser Auftrag“, erwiderte Julius, seine dritte Tasse Tee schlürkend: — „Sie haben diesmal wirklich Geld, wiederummäßig viel Geld; das heißt, für mich wird natürlich wieder nichts übrig bleiben — die Summe wird wieder mit den Auslagen verduften — Ihr Herr Onkel müßte denn den Blod stiften wollen, wozu in Betracht des ihm so verhassten Jweds wenig Aussicht ist — aber man kann doch diesmal ordentlich ins Zeug gehen. Ich habe mit auf dem Herzuge aus der Kommissionsregierung, in der wir so ungeschick zum Ablauf gekommen, schon alles ein wenig zurechtgelegt.“

„Lassen Sie doch einmal hören!“ sagte Onkel Ernst.

Er hatte sich in seinem Stuhl zurückgelehnt und blickte mächtige Waden aus der Jagarre, die er sich eben angezogen, nach der Zimmerdecke. Reinhold hatte im Zimmer der Damen auf die Piquette verzichtet, wozu der Onkel aber nicht zugehen: seine Fremdenzimmer seien daran gewöhnt; Julius, der kein Raucher war, trachtete Rechtsgelassen zu einer größeren Vogel zusammen; er war offenbar schon mitten in der Arbeit.

„Es ist im Grunde die alte Geschichte“, sagte er: „drei oder vier Enten — sagen wir drei — aus Sandstein, auf denen ein anständiger Unterbau — aus Granit, auf welchem wieder ein vierediger Oben, auf welchem ein schillerndes die Germania. Die Germania — diesmal ohne klassische Fäden — auch der Oben für die Zuschützen — es sind viele brave Fische und Johannis zu betrinken — Lorbeerkränze, Jungfrauen usw. — das ist alles Kinder spiel. Aber der Unterbau mit seinen Hauptstützen: hier liegt der Hase im Pfeffer! Stiermeting hat alles, was man da bringen kann, so famos gebracht und hatte überdies so viel mehr Raum, als ich habe, daß es immer heißen muß: der reine Stiermeting! Das hat er alles Stiermeting geschaffen! Aber das hilft mir nicht: wenn man ein Pferd zu machen hat, muß es schon vier Beine haben, und wenn man einen Krieg in Bildern darstellen soll, so ist

da der Auszug an einem, der Einzug an anderen Ende, in der Mitte Schloßgetimmel und patriotische Hilfsbereitschaft, und da heißt kein Mühslein ein Fädelin ab. Man muß eben originell im einzelnen sein, wenn man's im ganzen nicht sein kann; und da meine Originalität in möglichst guten Modellen besteht, werde ich diesmal unglücklich originell sein, denn ich habe unglaublich gute Modelle. Abjehet des Landwehrmannes — denn vollständig muß die ganze Geschichte werden — Landwehrmann: Herr Kapitän Schmidt.“

„Ja?“ rief Reinhold erstaunt.

„Er und kein anderer! Ich habe Sie mir schon eine Stunde lang darauf angesehen; Sie hat mir der Himmel gewährt; und daß Sie in der Kampagne Offizier geworden, kommt mir noch famos zustatten; Sie werden gleich hören, wie — weiter: großer Vater, den scheldenden Sohn an sein Herz bindend — Julius jenseit die Stimme und bestellte hinter dem Diener her, der bei Tisch aufgewartet und eben das Zimmer verließ — natürlich der alte Grollmann mit seinem famösen plattischen feierabendem Ringeln in dem grotesken Gesicht — mein einziges Modell für große Väter. Andre Landwehrleute, bereits in Tabakjahren — drei oder vier von unseren Arbeitern — immer famöse Köpfe. — Kammerer zwei: Bureau des Verzeichnisses zur Pflege und lo weiter: Frauen, welche Viebzogeben bringen; Lante Rücken, Romantizität, die eingelieferien Gaben mit kritischen Blicken prüfend — famos! In einer See Eilm, Ehorpie wosend — Kampftreffer!“

„Das ist ein schöner Scherz!“ sagte Onkel Ernst.

„Der ist Eilm!“ fragte Reinhold.

„Ein Enger“, erwiderte Julius, immer eifriger an seinem Postament aus Kraftarmen knetend und formend: — „die blinde Tochter des guten Kreisler, Ihres Herrn Onkels ersten Buchhändlers, der natürlich als Bureauvorsteher fungiert, über sein Blut gebend, die Gaben registrierend. Er allein würde mein Werk unsterblich machen. — Drittens: Kampfzener — Offizier zu Pferde, mit dem Degen winkend, Landwehrleute, zur Attode mit gefälligen Scherz marksch! hurra! heranzührend, unter ihnen unser Herr Kapitän, bereits zum Unteroffizier abanzigert! — werden Sie sich schon das? — im übrigen die alte Leier. — Viertens der Einzug! Das schöne Mädchen der Stadt, den Siegeskreis darbringend, natürlich: Fräulein Ferdinandes, bis zum Bürgermeisterstochter. Bürgermeister, majestätische Gebieter: Herr Ernst Schmidt.“

„Ich bitte, mich aus dem Spiel zu lassen!“ sagte Onkel Ernst.

„Ich bitte, mich nicht zu unterbrechen!“ rief Julius. — „Wo man alles in der Welt soll ich einen so klassischen Repräsentanten des alten alten echten deutschen Bürgerturns hernehmen?“

„Das alte echte deutsche Bürgerturn war republikanisch“, große Dächer.

„Um so besser!“ rief der Bildhauer. — „Ein Siegesdenkmal ist auch ein Friedensdenkmal; was hätten wir von dem Siege, wenn er uns nicht den Frieden brächte? Den Frieden nach außen, den Frieden nach innen; innerhalb der Parteien! Die Parteien der Partei in den Köpfen, auf den Gesichtern meiner Mitmenschen auszudrückt ist, um so deutlicher wird die tiefinnige patriotische Symbolik des Wertes hervorstrahlen. Und deshalb muß man meinem Bürgermeister den Republikaner und Abelschäfer auf Hundert Schritt ansetzen, ebenso wie meinem Regimentskommandeur den eingeweichten Feudalen und Demokratenfeind. Und da habe ich nun wieder ein Modell, das in seiner Weise ebenso klassisch ist: den General von Werben.“

Reinhold schaute erschrocken auf: der Name kam ihm so unheimlich vor. — „Der Vater hat die Werben“, hatte Ferdinandemal vorhin gesagt.

In der Tat war Onkel Ernsts Gesicht plötzlich wie in Nacht getaucht; auch die Frauen markten das herausstehende Gewitter fürchten: Ferdinandes schöne Pflge wurden mit einem plötzlichen Rot überzogen, das ebenso plötzlich ein köstliches Blasse wich; Lante Rücken warf dem Bildhauer einen schellen Angstlichen Blick zu und schüttelte bestohlen-abwehrend mit dem Kopfe; aber der merkte von dem allen nichts.

„Es wird der Anlaß des Bildes!“ rief er: „Mit dem Ausbruch befreidigten Eigerholzes, aber auch mit dem überwindenden Parteitrotzes, als wolle er sagen: das Parteitrotz zwischen uns ist nun auf alle Zeiten begraben! Trete mein General, sich seitwärts tief herabbeugend, meinem Bürgermeister die Hand entgegen, die jener mit männlich-freudiger Rührung umfaßt, die deutlicher als Worte sagt: So soll es sein!“

„So soll es nicht sein!“ rief Onkel Ernst mit einer Donnerstimme. — „Es ist die Hand erfasse, soll diese meine Rechte hier verdorren! und wer mit die Schmach auch nur im Bilde an dem wolle, zwischen dem und mir tödlich das Tischhuch zerfächern — so!“

Und er zog das Messer, das er ergriffen, quer über das Tischhuch, wozu es aus der Hand, stieß seinen Stuhl zurück und erhob sich laumelnd.

Aber es war nur die Wirkung des Verfertigerjones gewesen; denn er stand, als Reinhold auf ihn aufsprang, ihn zu unterstützen, wieder fest, und sagte in einem Tone, dessen erzwungene Ruhe selbst am unheimlich mit dem wilden Ausbruch kontrastierte: „Wir haben zu lange bei Tisch gefessen; da fißt das Blut und steigt einem zu Kopfe. Gute Nacht, Reinhold, auf Wiedersehen morgen! Gute Nacht, ihr andern!“ Er war gegangen. (Fortsetzung folgt.)

Zeitfenster und in 21 Schlafzimmern konnte eine Trennung der Geschlechter nicht durchgeführt werden. Ein anderer Redner schätzte die unzulässigen Verhältnisse in einer Wohnung, die von einer zehnköpfigen Familie bewohnt wurde. Die Wohnung lag in einem Hinterhaus über dem Klosett und der Dünngrube. Die Räume waren so niedrig, daß niemand darin aufrecht stehen konnte. In einem Zimmer schliefen sechs, in einem zweiten vier Personen.

Wohnungsverhältnisse werden auch in anderen Orten angetroffen sein. Aber Wohnungsregeln, die solchem Standal ein Ende machen, lassen immer noch auf sich warten.

Ausländische Arbeiter in Staatsbetrieben.

Hunderttausende deutscher Arbeiter sind gegenwärtig ohne Lohn und Brot. Die kapitalistische Wirtschaftszusammenbruch hat zum Darben. Statt daß in dieser Zeit eine sozialdemokratische Regierung nach Möglichkeit versucht, deutschen Arbeitern Arbeitsgelegenheit zu verschaffen, holt die preussische Regierung Polen und Galizier, um sie in ihren Betrieben zu beschäftigen. So wird vom Bernsteinbau aus in Samland berichtet, daß Bernstein in reichlicher und guter Qualität gefunden wird. Da angeblich die Arbeiter am Orte knapp sind, so hat die preussische Regierung gegen hundert Galizier und Polen kommen zu lassen, die in dem staatlichen Betriebe überwintern sollen.

Also, wenn im Samland die Arbeiter knapp sind, so versucht die preussische Regierung, nicht aus dem großen Heer der deutschen Arbeitslosen Arbeitskräfte heranzuziehen, sondern sie holt Ausländer. Sie weiß natürlich sehr gut, daß die Arbeiter in Preußen-Deutschland von einer erscheinenden Arbeitslosigkeit heimgekehrt werden; aber Polen und Galizier sind williger und vor allem billiger als deutsche Arbeiter! Dabei wirkt der Bernsteinbau dem Staat Millionen Mark Profit ab. Wird der preussische Staat auch in einem etwaigen Kriege Polen und Galizier zu seiner Verteidigung heranziehen? Von den preussischen Arbeitern kann er unmöglich verlangen, daß sie dann ihr Leben für ihn einsetzen.

Eine große Kundgebung für Notstandsarbeiten und Arbeitslosen-Versicherung veranstaltete der Verband der sozialdemokratischen Wahlvereine am gestrigen Sonntag in Berlin. Genosse Mollenbaur gab ein Bild von der herrschenden Arbeitslosigkeit und ihren Folgen im Arbeiterhaushalt und besprach die Maßnahmen zur Bekämpfung des Arbeitslosenelends. Nach einer gehaltenen Debatte, an der sich vor allem die Gemeindevertreter Groß-Berlins beteiligten, wurde eine Resolution angenommen, die baldige Ausführung der öffentlichen Arbeiten und Einföhrung einer Reichsarbeitslosenunterstützung verlangt.

Zur Frage der Arbeitslosenversicherung. In Magdeburg hat auch der dortige „Reichsverein der liberalen Arbeiter und Angestellten“ den Magistrat ersucht, zur Fürsorge für die Arbeitslosen folgende Maßnahmen zu treffen: 1. Inangriffnahme aller in Aussicht genommenen öffentlichen Arbeiten, 2. eine Summe in Höhe bis zu 50.000 Mark zur Unterstützung Arbeitsloser bereitzustellen und 3. Errichtung einer Arbeitslosen-Kasse, die an alle seit sechs Monaten in der Gemeinde wohnenden Arbeitslosen eine tägliche Unterstützung von mindestens einer Mark bezahlt.

Das unter Ziffer 1 Verlangte ist erst vor wenigen Wochen auf sozialdemokratischen Antrag von der Stadtverordneten-Versammlung beschlossen worden, während die seit Jahren von unseren Genossen im Stadtparlament gestellten und fast alljährlich wiederholten Anträge auf Schaffung einer gemeindlichen Arbeitslosenversicherung stets sowohl beim Magistrat wie auch bei der Stadtverordneten-Versammlung Ablehnung erfahren. Ob der liberale Reichsverein wohl mehr Glück haben wird?

Der neue Reichsverbandskommandant. Die „Kriegszeit“, die unter Führung mit dem Reichsverband gegen die Sozialdemokratie hat, meldet: An Stelle des Dr. Bovenfischen ist Dr. Ludwig zum 1. Geschäftsführer des Reichsverbandes gewählt worden.

Dr. Ludwig ist bekannt geworden durch sein Buch: „Nationalpolitik und Sozialdemokratie“, mit dem er ein kaltes Fiasko erlitt. Ueber die Ursache des Rücktritts des Dr. Bovenfischen herrscht noch immer tiefstes Schweigen.

Ausland.

Das türkisch-bulgarische Abkommen. Der Korrespondent des „Nisico Slowo“ in Konstantinopel schreibt seinem Blatte, daß, entgegen allen Dementis, er bestimmt behaupten könne, daß effektiv ein Vertrag zwischen der Türkei und Bulgarien unterzeichnet sei und der folgende Hauptpunkte enthält: 1. Im Falle, daß Bulgarien den Krieg an Griechenland erklären würde, verpflichtet sich die Türkei, Bulgarien drei Armeekorps unter dem Befehl des bulgarischen Oberkommandierenden zur Verfügung zu stellen. 2. Im Falle die Alliierten von Griechenland zu dessen Gunsten eingreifen sollten, so kann die Türkei diesen den Krieg erklären. 3. Im Falle die Türkei den Krieg an Griechenland oder an Serbien erklärt, würde Bulgarien der Türkei sofort seine volle Kriegsmacht zur Verfügung stellen. 4. Wenn Bulgarien siegreich aus dem Kriege hervorgeht, würde die Türkei für ihre Hilfe das ganze Territorium von Thracien bis zum Fluße Meza erhalten.

Der Witz der sozialistischen Presse in Spanien. Der Wechsel in der spanischen Regierung, die Ankunft der Konventionen, selbst in der Person des „Sozialpolitikers“ Dato haben der sozialistischen Presse Spaniens sofort eine Reihe von Veröffentlichungen eingetragen. Dreimal ist das täglich erscheinende Zentralorgan in Madrid „El Socialista“ seit der Uebernahme des Ministeriums durch Dato schon konfiziert worden. Und nun hat der berüchtigte Generalgouverneur von Katalonien, der General Beyer, auch eine Verfolgung des sozialistischen Wochenblattes von Katalonien „la Justicia Social“ („Die soziale Gerechtigkeit“) durchgeführt für einen von Fabra Ribas, dem zweiten Vertreter Spaniens im internationalen Bureau gezeichneten Artikel, der den Marokkofeldzug betraf, und der noch unter dem liberalen Ministerium erschien. Fabra Ribas ist bekanntlich Redakteur an der „Dumante“ in Paris, wo er seit dem Generalstreik in Barcelona, seit 1909 lebt. Da sein Artikel nicht auf Grund des gewöhnlichen Pressegesetzes verfolgt wird, sondern auf Grund des Militärgesetzes, so ist entgegen dem sonstigen spanischen Gebrauch der Geschäftsführer der „Justicia Social“ Genosse Recasens vor Gericht geladen worden. Es kann in Spanien also auch ohne Maura ganz „mauristisch“ zugehen.

Bekämpfung von Kammermitgliedern. In Rom ist ein Gericht im Umlauf, wonach ein neuer Skandal bevorsteht. Viele Mitglieder der Kammer sollen beschlagnahmt worden sein und zwar bei der Beratung des Versicherungsmonopols.

Griechischer Niederschlag auf ein bulgarisches Dorf. Nach einer in Sofia eingelaufenen amtlichen Meldung hat eine kriechische Militärabteilung unter dem Kommando, nach Waffen suchen zu wollen, das bulgarische Dorf Hadshi Benli im Bezirk Demir Duffar überfallen mehrere Dörfer bewohnt nach schweren Mißhandlungen geißelt und schließlich das ganze Dorf zerstört. Der größte Teil der Bevölkerung hat sich nach Petrich geflüchtet.

Quertas Wahlkämpfe. Die „Sun“ veröffentlicht das Faktum des geheimen Wetters Quertas, das vor den künftigen Wahlen zur selben Zeit, als er den Diplomaten versicherte, nicht

Kandidat zu sein, erging, und in dem alle Ortsvorsteher angeordnet werden, eine Mehrheit der Stimmen als für ihn abzugeben zu berichten.

Die innere Lage Rußlands. Der frühere Dumapräsident Guttschow, hat sich auf einer Konferenz der Dumafraktionen in einer Rede gegen die von dem Ministerpräsidenten Kowalew im Auslande abgegebenen Erklärungen über die innere Lage Rußlands gewandt. Er erklärte die gesamte Verwaltungsstruktur Rußlands für reformiert, ihre Auffassung von der inneren Lage Rußlands für offen und für eine Forderung der Verwaltung und versicherte, daß die gegenwärtige innere Verwaltung Rußlands einer schweren inneren Katastrophe entgegenstehe. Wir Dumafraktionen, so sagte Guttschow, haben ruhig stehen Jahre auf Erfüllung des Manifestes über die Verfassung gewartet. Jetzt müssen wir offen erklären, daß unsere Geduld zu Ende ist.

Ein General als Staatsvertreter. Ein Telegramm meldet: Das Moskauer Kriegsgericht hat nach durchgeführter geheimer Verhandlung den Chef der Grenztruppe des Zimurgens, General Martinow, wegen Verleumdung von Staatsgeheimnissen, begangen durch Veröffentlichung einer Broschüre, zur Dienstentlassung ohne Ruhegeld und Uniform verurteilt. — Der General scheint also mit seiner Veröffentlichung eine sehr verdienstvolle Arbeit geleistet zu haben.

Gewerkschaftliches.

Syndikatspolitik.

Wer eine Fabrik baut und sie niederreißt, um zu verhindern, daß in dieser Fabrik gearbeitet werden kann, der muß wohl nicht ganz richtig im Kopfe sein. So könnte man denken, wenn uns nicht das Rheinisch-Westfälische Kohlen-Syndikat darüber belehrt hätte, daß das Niederreißen leistungs-fähiger Fabriken unter Umständen eine sehr tüchtige Maßregel geschäftlichster Kapitalisten sein kann.

In Bülme bei Essenkirchen hatte die Düsseldorf A.-G. für Kohlenbestimmung eine Kokeranlage von hundert Oefen errichtet und produzierte Koks, schwefelhaltiges Ammoniak, Teer und Benzol. Das Geschäft rentierte sich, es war schöne Gewinne ab. Das ging aber dem Kohlen-Syndikat wider den Strich. Das wollte nicht bloß den Kohlenhandel beherrschen, sondern auch den Markt für alle Nebenprodukte in die Hand bekommen, um die Preise hochreiben zu können.

Das Syndikat mußte Rat. Es legte 1908 der Düsseldorf A.-G. 800.250 Mark auf den Tisch und verlangte dafür, daß die hundert Koksöfen abgebrochen würden. Das geschah, und das Kohlen-Syndikat hatte einen Konkurrenten weniger. Es hat beiden nichts geschadet — das Syndikat sorgte dafür, daß ihm die Düsseldorf Gesellschaft nicht mehr in den Weg kommen konnte. Sie mußte sich verpflichten, in Deutschland weßlich der Ober keine Koksöfen mehr in Betrieb zu setzen. Sie nahm daher das deutsche Geld und betrieb die Kohlenbestimmung in England und Rußland, wo das Unternehmen auch ganz hübsche Zinsen abwarf. So konnte in diesem Jahre die Düsseldorf A.-G. — wie in den früheren Jahren auch — ihren Aktionären 19 und 24 Prozent Dividende auszahlen.

So wird die nationale Arbeit gegen die ausländische Konkurrenz geschützt. Leistungsfähige Werke der Inlandskonkurrenz werden niedergebissen, damit mit dem Abstandsgebe im Auslande die Konkurrenz betrieben werden kann. Auf solche Art bekommen die deutschen Kapitalisten wenigstens einen Anlaß, zum „Schutze der nationalen Arbeit“ nach Grenzlinien zu streiten.

Die Belassung der Differenzen zwischen der Groß-einkaufs-Genossenschaft deutscher Konsumvereine und den Tabakarbeitern.

Ist bekanntlich durch ein Schiedsgericht erfolgt. Das Schiedsgericht tagte am 17. November in Hamburg und wurde gebildet durch die Herren Josefmann, Runge und Robert Schmidt als Vertreter der Gewerkschaften und die Herren von Elm, Arnhold und Dr. Müller als Vertreter der Genossenschaften.

In der Einleitungsverhandlung vom 8. November waren dem Schiedsgericht die folgenden drei Fragen zur Entscheidung übergeben worden:

1. Bedeutet die Rohmateriallieferung der fertigen Zigaretten eine Mehrarbeit, die entsprechend zu vergütet ist?
2. Ist die Groß-einkaufs-Genossenschaft berechtigt, auf Grund der bestehenden Arbeitsordnung eine halbtägige Versperrepausa anzuordnen?
3. Welches ist der Instanzengang beim Ausbruch von Differenzen?

Das Schiedsgericht fällt folgende Entscheidung:

1. Bei den Erörterungen über diesen Punkt hielten die Vertreter der Arbeiter daran fest, daß die Rohmateriallieferung für sie eine Mehrarbeit bedeute, während von der Geschäftsleitung der Groß-einkaufs-Genossenschaft betont wurde, daß die gleiche Arbeit in anderen privaten Betrieben in Preußenberg und Umgebung bei erheblich geringeren Löhnen ausgeführt wird.

Das Schiedsgericht kam zu dem Ergebnis, daß, wenn eine Mehrarbeit vorliegt, sie nicht von erheblicher Art sein kann. Inwiefern ist zu berücksichtigen, daß die Arbeiter für die Arbeitsmethode nicht die nötige Übung besitzen. Mit Rücksicht darauf erachtet es das Schiedsgericht für angemessen, wenn eine Entschädigung von 10 Pfennigen pro Tausend gewährt wird.

2. Das Schiedsgericht empfiehlt der Groß-einkaufs-Genossenschaft, dem Wunsch der Arbeiter auf Wegfall der Rohmaterialpausa insofern zu entsprechen, als sie zunächst versperrepausa herzustellen, daß trotzdem während der Arbeitszeit Spielzeiten eingenommen werden, so ist nach Meinung des Schiedsgerichts die Groß-einkaufs-Genossenschaft berechtigt, die von ihr in Aussicht genommene Pause einzuführen. Das Verbot in Aussicht genommene Pause einzuführen. Das Verbot in Aussicht genommene Pause einzuführen.

3. Was die Streitfrage anbetrifft, ob nicht vor Ausbruch des Konfliktes ein Schiedsgericht über der Zentralverband des deutschen Tabakarbeiterverbandes zur Schlichtung des Streitigkeiten anzurufen war, so ist das Schiedsgericht der Meinung, daß die Arbeiter überreilt in diesem Konflikt gehandelt haben. Sicher wäre es bei einem rechtzeitigen Anruf des Vorstandes des Tabakarbeiterverbandes oder eines Schiedsgerichts zu einem Ausgange der Differenzen gekommen.

Behauptung ergeht es dem Schiedsgericht, daß in dem Tarifvertrag des deutschen Tabakarbeiterverbandes mit der Groß-einkaufs-Genossenschaft ein Schiedsgerichtsverfahren nicht vorgesehen ist. Im Hinblick auf den Konflikt glaubt das Schiedsgericht den Beteiligten den Rat erteilen zu müssen, diese Rüge im Vertrag recht bald auszuräumen und den Beispielen anderer Berufsstände, die den Tarif der Regelpassung des gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Tarifvertrages zu unterstellen.

Bis zur Entscheidung einer solchen Schiedsinstanz dürfen weder Ausschlüsse noch Aussparungen erfolgen. Die Entscheidung des Schiedsgerichts wurde einstimmig gefaßt.

Stadt und Provinz.

Die Konfessionskneuder und Näherinnen hielten am Sonntagabend im „Goldenen Schwan“ eine Sektionsversammlung ab. Zum 1. Punkt der Tagesordnung hielt Genosse A. Müller einen Vortrag über: „Unsere erste Zeit der gewerkschaftlichen Organisation“. Müller zeigte, wie sich die ökonomischen Bedingungen für die proletarische Massenbewegung entwickelten und wie diese in kurzer prägnanter Weise durch Marx im kommunistischen Manifest skizziert und den Arbeitern der Weg gezeigt wird. Weiter geht Müller auf die Tätigkeit der internationalen Arbeiter-Assoziation, die Streikbewegung der letzten Jahre, sowie auf die Gründer und Tätigkeit der Allgemeinen deutschen Arbeitervereins ein. In klarer Weise brachte der Redner den Anwesenden die Zeitverhältnisse näher und legte ihnen dar, was von den Bestrebungen, die schließlich zur Gründung der Gewerkschaften führten, vor Augen. Mit einem kurzen Vergleich der Reinen Anfänge gegenüber dem heutigen Stande der Gewerkschaften schloß er seinen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag.

Nach Erledigung einiger Vereinsangelegenheiten schloß der Vorsitzende die Versammlung mit der dringenden Mahnung, die nächsten Versammlungen zahlreich zu besuchen und der Tätigkeit des Verbandes höchste Aufmerksamkeit zu schenken.

Deutsches Reich und Ausland.

Die Essener Krankenkassenwahl brachte den Gewerkschaften zufriedenstellenden Erfolg. Es fielen 2995 Stimmen auf die christlich-nationale, 2841 auf die freigewerkschaftliche, 492 auf die gelbe und 104 auf die Reichsbundische Liste. Die Vertreterzahl stellt sich danach auf 28, 27, 4 und 1. Bei der Wahl vor drei Jahren hatte der christlich-nationale Kandidat die weitaus überwiegende Zahl der nach Gruppen gewählten Vertreter erobert. Diesmal schleppten die Christlichen eine ungeheure Menge von Frauen heran; von 1400, die ihre Stimme abgaben, dürften weit über 1000 für die christlich-nationale Liste gestimmt haben. Das Charakteristischste bei der Wahl ist die totale Niederlage der Gelben, die mit den größten Worten und Hoffnungen in den Wahlkampf zogen. Nach ihrem Auftreten hätte man annehmen dürfen, daß sie auf die meisten Stimmen und Vertreter rechneten. Ihre eklatante Niederlage ist ein erfreulicher Beweis dafür, daß auch in Essen die gelben Wänter nicht in den Himmel wachsen.

Die Berliner Handelsangestellten zum Gehehentwurf über die Sonntagsruhe. Drei Kundgebungen gegen den Regierungsentwurf zur Verschärfung der Sonntagsruhe und zur Einföhrung der vollständigen Sonntagsruhe fanden am 21. November in Berlin statt. Einberufen waren die Versammlungen vom Zentralverband der Handlungsgehilfen und vom Deutschen Transportarbeiterverband.

Kartonnagenarbeiterstreik. Die Kartonnagenarbeiter und Arbeiterinnen der Oberhessischen Kartonnagenfabrik Hitzland und Schlettlinger in Mannheim leben seit 14 Tagen im Streik. Alle Versuche, in Mannheim und Umgebung Arbeitswillige zu bekommen, schlugen fehl. Als Leiter in der Not stand der Firma nun in der Person des Agenten Boy, Berlin, ein Deutscher, der in Berlin und Frankfurt a. M. etwa 15 Arbeiter und Arbeiterinnen aufnahm, doch alles Leude, die noch nie eine Kartonnagenfabrik von innen gesehen haben. Sie erhalten 14 Mk. Lohn bei freier Station, nach 14 Tagen noch 10 Mk. Extraprämien. Da die Firma genau weiß, daß sie mit den Arbeitswilligen den Betrieb nicht aufrechterhalten kann, so ist der Agent noch auf der Suche nach branchenfremden Arbeitswilligen. Es wird deshalb dringend vor Annahme von Arbeit nach Mannheim gewarnt.

Die Firma Otto von Wanders in Tilsit, bei der die Buchbinder streiten, liefert Plakatvordrucke an Druckereien, besonders an Parteidruckereien, worauf die Geschäftsleitung unserer Partei druckereien besonders aufmerksam gemacht werden.

Perret, (Spanien.) Die Arbeiter der Schiffsbauwerke haben von neuem den Streik erklärt wegen der Wiedereinsetzung des Werkmessers, der die Ursache des vorhergehenden Streiks gewesen ist.

Aus dem Dabliner Streikgebiet. Wegen Weizenmangels, verursacht durch die Schließung des Hafens, haben alle Dabliner Dublins, mit Ausnahme einer einzigen, den Betrieb einstellen müssen. Wie das „Berliner Tageblatt“ zu melden weiß, ist seit zehn Tagen kein Weizen mehr in Dablin geladen worden, die bestehenden Vorräte sind jetzt verbraucht. Der Weizenvorrat reicht jedoch noch einige Wochen aus. Hundert nicht organisierte Arbeiter halten zum kleinen Teil das Export- und Importgeschäft aufrecht.

Das Ende des französischen Bergarbeiterstreiks. In einer in Douai abgehaltenen Delegierten-Versammlung der Bergarbeiter und Grubenbesitzer wurde beschlossen, solange keine „lange Schicht“ zu machen, als das neue Bergarbeitergesetz im Parlament nicht beraten worden sei. Damit ist der Streik der Bergarbeiter im Departement Pas de Calais, der große Dimensionen anzunehmen drohte, beendet.

Geizhals auf einem Dampfer. Die Geizer des Dampfers „Brig Wilhelm III“ verweigerten den Dienst, weil angeblich die Kessel unbrauchbar seien. Der Kapitän wurde daraufhin ermächtigt, die Ausfahrt anzutreten. Raum war er jedoch in See, so mußte er nach Ymuiden zurückkehren, weil die Geizer seinen Befehlen nicht gehorchten.

Parteiangelegenheiten.

Wahlfrage bei den Stadtverordnetenwahlen. Bei der Stadtverordnetenwahl in Hohenmölsen (Bezirk Halle) wurden zwei Sozialdemokraten mit überwältigender Mehrheit gewählt. Damit haben unsere Genossen die ganze dritte Abteilung in ihrem Besitz.

In Lauchern (Kreis Weiskensfeld) wurden unsere Kandidaten in der dritten Abteilung einstimmig gewählt, da die Gegner im Erkenntnis ihrer Ohnmacht sich nicht an der Wahl beteiligten. Die dritte Abteilung besteht hier seit Jahren aus Vertretern der Sozialdemokratie.

In Coswig (Anhalt) siegte bei den Stadtverordnetenwahlen die sozialdemokratische Liste mit 709 bis 798 gegen 671 bis 688 Stimmen der Gegner: Die Sozialdemokratie hat jetzt von den 18 Sitzen im Stadtparlament 14 inne.

Bei den Stadtverordnetenwahlen in Reudersburg (Schleswig) wurde auch ein Sozialdemokrat gewählt. Damit zieht der erste Sozialdemokrat in das Reudersburger Rathaus ein.

In Seitz eroberten die Sozialdemokraten vor zwei Jahren die letzten drei Sitze in der 3. Abteilung. Bei der am Freitag und Sonnabend vorgenommenen Gewähl verteilten sie erfolgreich vier Sitze. Die sozialdemokratischen Kandidaten erhielten 1757 Stimmen, während es die vereinigten Gegner auf 1200 Stimmen brachten.

Verantwortlicher Redakteur: Franz Herberich. — Redaktion und Expedition: Rönnebergstraße 7. — Verlag: Dr. H. H. H. — Druck: Dr. H. H. H. — Preis: 10 Pfennige. — Anzeigen: 5 Pfennige. — Abonnement: 1 Mark. — Postamt: 10 Pfennige. — Postamt: 10 Pfennige.

Für die Instruktion übernahm die Redaktion die Verantwortung.

500 Mark Belohnung

zahlen wir demjenigen, welcher uns den Gegenbeweis bringt, daß wir von Dienstag, den 25. November bis Mittwoch, den 3. Dezember 1913 nicht sämtliche Damen-Filz-, Velour- und echte Velour-Hüte ohne jeden Nutzen, also zum

Original-Einkaufspreis und darunter

an unsere Detail-Kunden abgeben. Wir bemerken ausdrücklich, daß wir uns nicht für diese billigen Tage Ramschwaren und Restlager einkaufen, wie dies vielfach getan wird, sondern es werden nur unsere realen Hüte, welche aus ersten Fabriken stammen, verkauft.

Es kommen ca. 1500 Damen-Hüte zum Verkauf

Serie I	1 Posten garnierte und un-garnierte Hüte	1 ²⁵	Serie IV	1 Posten echte Velour-Hüte	2 ⁹⁵
	regulärer Verkaufspreis bis 5.75,			regulärer Verkaufspreis bis 8.50,	
Serie II	1 Posten Velour-Ersatz	1 ⁷⁵	Serie V	1 Posten echte französische Velour-Hüte	3 ⁵⁰
	regulärer Verkaufspreis bis 6.75,			und Velpelhüte, regulärer Preis bis 12.50,	
Serie III	1 Posten echt Wiener Woll-Velvets	2 ²⁵	Serie VI	1 Posten echt Wiener Velour-Hüte	5 ⁷⁵
	regulärer Verkaufspreis bis 7.50,			versch. Form. u. Farb., reg. Verk.-Preis bis 18.75,	

Des grossen Andranges wegen, welcher bei diesem noch nie bei uns dagewesenen billigen Verkauf stattfinden wird, bitten wir nach Möglichkeit die Vormittagsstunden zum Einkauf zu wählen.

Albert Jkenberg, Schweidnitzerstrasse 36
part. u. I. Etage.

Stadt-Theater.
Montag 7 1/2 Uhr:
(Groszbühne etc.)
„Hänsel und Gretel.“
Dienstag 7 1/2 Uhr:
„Die Hainkeuhühner.“
Mittwoch 7 1/2 Uhr:
„Cavalleria rusticana.“
Donnerstag 7 1/2 Uhr:
„Tannhäuser.“
Sonntag 29. November 7 1/2 Uhr
Einmaliges Gastspiel
Baklanoff
„Rigoletto“.

Lobe-Theater.
Montag 7 1/2 Uhr:
„Fräulein Julie.“
Dienstag 7 1/2 Uhr:
„Craignebille.“
Mittwoch 7 1/2 Uhr:
„Der Carlos.“
Donnerstag 7 1/2 Uhr:
„Fräulein Julie.“
Freitag 7 1/2 Uhr:
„Craignebille.“

Thalia-Theater.
Montag: Gumboldt-Verein,
2. Abonnements-Vorstellung
Zum 1. Male:
„Unsere Gäste.“
Mittwoch, Gruppe C. 6. Vorstellung:
„Unsere Gäste.“
Donnerstag, Gruppe D. 8. Vorstellung:
„Unsere Gäste.“

Schauspielhaus
(Operettenbühne.)
Montag 8 Uhr:
„Das Farmernädchen.“
Dienstag 8 Uhr und die folgenden Tage:
„Die Stachkönigin.“

Liebig's Etablissement
Täglich abends 8 Uhr: (10596)
Otto Reutter
u. bei anderen Roden-Programmen
Mittwoch Nachm.-Vorstell.
Sonntag, bei 30. November.

Viktoria-Theater.
Mitzheim - Burlesken.
Anz. Wochentag, 3. Sonntag, 7 1/2.
Jeden Sonntag 4 Uhr:
Nachm.-Famillien-Vorstellung.
Halbe Preise. 10590

Ulster jetzt
18 Mk.
wirklich hervorragende Prachtdrucke
Nach dem wunderbar. 28 Mk. Anzei-
fabrik, Wallstrasse 17a, L. (10274)

Pfänder-Auktion. Donnerstag,
den 1. Dezember.
Belängigung bis 30. November.
Schweikardt, Leutnerstrasse 12/14.
Die unterer Schwereichter jugendliche
Schwere Belängigung nehmen wir mit Be-
bauern zurück und werden der Beläug-
berlung. Max Bohawsky und Frau
Natalie geborene Friedländer, Breslau, Do-
nnerstag, Leutnerstrasse 61. 11.560

Erfinder
Es werden dank und gute Ideen gesucht.
„Erfinder-Aufgaben“ gratis, Aus-
gaben. Jede 1. Unternehmung nur
Grunder freier Distribution durch
Patent-Büro Silesia, Breslau, Do-
nnerstag 1. Dez. 1902. (10521)

Tätowierungen
Müttermale, Leberflecken
entfernt. (10207)
ohne Berufsstörung und Garantie
Natur-Heilinstitut „Kompass“
Breslau 12, Eisbaumstrasse 6.

Verk. gebrauchter Möbel
Schl. Tisch, Vertik. Sof. Vertik.
u. Stuhl. Montag, 3. 30. 50. 70. 80. u.
Gesamt 30 u. Friedländerstr. 52. (10552)

Uhren
Alter
Kupferschmiedestr. 17
Ecke Schmeidebrücke

Soeben erschienen:
: Kirchenlexikon :
u. Kirchenanstalt :
: in Bremen :
20 Pf.
Zu beziehen durch unsere
Expedition u. Korrespondenz.

Schillers Werke.
Vollausgabe in zwei Bänden, reich illustriert
in wöchentlichen Raten von 50 Pfennigen.
Gesamtpreis nur 3.00 Mark.
Durch die Expedition und Korrespondenz zu beziehen.

Jeden Dienstag ab 9 Vor.
frisches Wellfleisch, Kessel
u. Hausmacher Wurst
eig. Schlachtung

ZUM GOLDENEN HECHT

Zum Beweise unserer Leistungsfähigkeit!
Montag und Dienstag
2 Extra billige Tage

Nordsee
Geschäftsführer:
Feodor Trapp.
Nur Schmiedebühne 19, rechts v. Ring v. Fernsp. 5290 u. 5291
Kaiser-Wilhelmstrasse (Bahnbogen) Fernsprecher 4223.

In unserem eigenen Kühlwaggon
treffen am Montag 10000 blutfrische Seefische
ein.
feinster Cabliau ohne Kopf } à Pfd. 19 Pfg.
feinste Backscholle }
feinster Norw. Schellfisch }
(sogenannter Angolehellfisch) }
E. Seelachs ohne Kopf } à Pfd. 21 Pfg. 10547
E. Schellfisch ohne Kopf }
E. Portionsschellfisch }
feinste Mittelscholle à Pfd. n. 32 Pfg.
feinste Rotzunge à Pfd. nur 48 Pfg.
Bücklinge das Beste, was es } 1.35, 3 St. 25 Pfg.
gibt, die ganze Kiste }
Unsere Spezialität à Bund = 4 Stück nur 50 Pfg.
geräucherter Speckhälbe à Stück 10, 15, 20, 25, 30, 40 Pfg. usw.
K. Krenschammer 1/2 Dutzend 2.95, 1/2 Dutzend 1.68

Viele andere Sachen an diesen Tagen ebenfalls zu Extrapreisen.
Bitte beachten Sie die Fenster.


Jahrhundertfeier
der Freiheitskriege
Wegen des bevorstehenden Kassenab-
schlusses werden alle Behörden, Firmen
Privatpersonen, welche Forderungen an
die Ausstellungsleitung haben, ersucht,
die Rechnungen in doppelter Ausfertigung
der Stelle, die den Auftrag erteilt hat,
umgehend einzureichen. 10549
Die Ausstellungsleitung.

Kleiner Anzeiger
Unter dieser Rubrik kosten je drei Worte
10 Pfennige. Abonnenten haben gegen Gutföhen
5 Worte frei. Das erste Wort fett. Schriftart bestimmt der
Verlag. Geforderter Abweichungen bedingen Zeilenpreis.

Kauf und Verkauf **Verschiedenes**
Vollwertiges Kaffee 44x18 Zoll, fast
neu u. ein guter Rüstentisch b. 5-6 billige
zu verkaufen Ottokr. 29. Keller. 10561
Schöne, schöne große Tischenschemel
verkauf! Köster, Bäckerstrasse 12. 10562
Verloren: 1 Pfd schwarzen Ritz, gibt
es in, vom Igl. Schies bis Landgericht,
gegen Belohnung abzugeben v. Stomerel,
Richardstrasse 51, L. 10550
Der Wahre Jakob, Geft 10 Pf.

Abonnenten und Leser der „Volkswacht“ können
ihre Zeitung nicht allein durch das Abonnement und
die Zuführung neuer Abonnenten unterstützen, sondern sie
unterstützen die „Volkswacht“ auch dadurch, daß sie bei ihren
Einkäufen die Inserenten der „Volkswacht“ berücksichtigen und
sich bei ihren Einkäufen auf die „Volkswacht“
berufen.
Durch alles dies wird die „Volkswacht“ aktiv unterstützt

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 24. November.

Parteigenossen!

Sonntag, den 30. November, soll in ganz Breslau ein Flugblatt verbreitet werden. Der Vorstand des sozialdemokratischen Vereins erwartet, daß sich genügend Genossen und Genossinnen zur Arbeit einfinden, damit sie schnell und gewissenhaft getan werden kann.

Die Breslauer Polizei und die freie Jugendbewegung.

Die für Sonnabend abend im kleinen Saale des Gewerkschaftshauses einberufene öffentliche Jugendversammlung gab unserer eifrigen Polizei wieder einen willkommenen Anlaß, ihre bekannte Tüchtigkeit im besten Lichte erstrahlen zu lassen. Noch ehe die recht gut besuchte Versammlung eröffnet wurde, trat einer der beiden Polizeicommandanten, die sich überflüssigweise eingefunden hatten, obwohl ausdrücklich eine unpolitische Zusammenkunft gemeldet war, an den Leiter heran. Er forderte nichts weniger, als den Ausschluß aller Jugendlichen unter 18 Jahren. Auf den Einwand, daß die Versammlung unpolitisch und schon darum keine Forderung ungesetzmäßig sei, antwortete er mit dem Hinweis auf einen ausdrücklichen Auftrag, den er ausführen müsse. Herr Striechel, der Versammlungsleiter, ließ diese ungerechtfertigte Forderung unbeachtet, und erteilte nach dem Eröffnen der Zusammenkunft ohne weiteres dem Redner, Herrn Peters aus Berlin, das Wort. Dieser war aber kaum bis zum dritten Satze gekommen, da stand der Beamte auf, bedeckte sein Haupt mit der dräuenden Fledermaus und — forderte die Anwesenden unter achtzehn Jahren auf, den Raum zu verlassen. Mit Recht wies Herr Peters darauf hin, daß der Beamte seine Befugnis durchaus verkenne, wenn er sich erlaube, eine solche Aufforderung ohne weiteres an die Versammlung zu richten. Wenn er durchaus reden wollte, dann hätte er höflich solange warten müssen, bis er das Wort bekäme. Seinen Auftrag habe er aber nur an den Leiter der Versammlung zu richten. Er (der Redner) aber fordere auch die Jugendlichen unter achtzehn Jahren auf, ruhig dazubleiben. Die Verantwortung nehme er auf sich. Es sei ein starkes Stück, von einer Versammlung, die ausdrücklich als unpolitisch gemeldet sei, ohne weiteres zu schließen, sie werde trotzdem politisch enden. Die Polizei solle doch erst abwarten, was er reden werde.

Selbstredend blickten die Jugendlichen sich und Peters fuhr in seinem Vortrage fort:

Meister, Lehrer und andere Respektspersonen warnen heute die Jugend, der proletarischen Jugendbewegung beizutreten. Diese wird möglichst als etwas Böses und Unmoralisches hingestellt. Trotz aller Bekämpfung wächst aber die Arbeiter-Jugendbewegung immer mehr, weil sie eben kein künstliches Gebilde ist, sondern aus den wirtschaftlichen Verhältnissen hervorgeht. Seit Einführung der Maschine ist nämlich die Zahl der jugendlichen Arbeiter ganz gewaltig gestiegen, weil diese billiger als

die Erwachsenen arbeiten und an der Maschine oft dieselben Dienste leisten. Besonders aber werden die Jugendlichen von den kleinen Handwerksmeistern ausgebeutet. Diese sind der Konkurrenz um dadurch einermöglichen gewachsen, daß sie mit Begeisterung arbeiten, die sie unter dem Vorwande lästiger Nachausbildung möglichst auszutüchtigen suchen. Die traurige Lage dieser jungen Leute ist bekannt genug. Ebenso bekannt ist, wie sich die Meister gegen jeden Versuch sträuben, die schrankenlose Ausbeutung ihrer Lehrlinge zu hindern. Sie wenden sich z. B. gegen die Verteilung des Fortbildungsschulunterrichts in die Tagesstunden, weil ihnen dadurch die Arbeitskraft des Lehrlings auf einige Zeit entzogen werden könnte. Die Zahl der Mitteltarntauglichen geht ständig zurück, weil für die Pflege der Jugendlichen zu wenig gesorgt wird.

Freilich haben wir einen gesetzlichen Jugendschutz. Der erstreckt sich aber nur auf Jugendliche von 14 bis 16 Jahre, die in Betrieben mit zehn und mehr Beschäftigten arbeiten. Und auch dort kann man diese Jugendlichen bis zehn Stunden arbeiten lassen. Dieser geringe Schutz wird praktisch kaum angewandt. Von 18786 Nebelerwerbungen im Jahre 1909 wurden nur 1497 bestraft. Darunter im Male in Osnabrück, der seinen Lehrling am Osterfest 54 Stunden bei 48 Arbeitstagen, mit zehn Mark Geldstrafe. Da ist es kein Wunder, wenn selbst Aufsichtsbeamte zweifeln, ob eine Anzeige solcher Vergehen Erfolg hat. Das ist sehr bedenklich für die Volksgesundheit. Die traurige materielle Lage hat aber auch einen schädlichen Einfluß auf die geistige Entwicklung der Jugend, denn es fehlt ihr an Zeit und Muße, sich auszubilden.

Diese traurigen Zustände sind die Ursache der Arbeiter-Jugendbewegung. Sie ist gleichsam ein Protest gegen die sogenannte „göttliche Weltordnung“. In vielen Städten haben Lehrlingsfeldmorde den Anlaß gegeben, daß die Jugendlichen das Elend ihrer Lage erkannten und zu bekämpfen suchten. Darin haben ihnen die erwachsenen Arbeiter in ihren Gewerkschaften ein glänzendes Beispiel gegeben. Wir wollen nichts als die wirtschaftliche Befreiung der jugendlichen Arbeiter. Die Sehung der wirtschaftlichen Lage ist das beste Mittel gegen die Verkümmern und Verdoberheit der Jugend. Sie braucht nur Eruhung und Zeit. Durch Wanderungen und Spiele im Freien wollen wir sie zur Freude an der Natur erziehen. Vorträge, Lesungen, Jugendheime, wissenschaftliche Führungen durch Museen und Werkstätten sollen den Geist der Jugend heben. Der Erholung dienen Feste und heitere Veranstaltungen. Die Jugend aber soll das erworbene Gut als Waffe im Kampfe ums Dasein gebrauchen. Der Hauptzweck ist die Erziehung zur Selbstständigkeit.

Unsere Gegner versuchen uns mit allen Mitteln zu bekämpfen. Trotzdem steigen wir unausgesetzt und in fünf Jahren haben wir weit über 100.000 Anhänger erreicht. Auch in Breslau versucht man die Jugendlichen mit ähnelnden Worten in die bürgerlichen Vereine einzufangen. Dabei wird der eigentliche Zweck, die Fortsetzung der Erziehungstätigkeit der Eltern- und Lehrherren, sorgfältig verschwiegen. Der Vorteil der Lehrherren ist aber durchaus nicht immer zugleich der Vorteil des Lehrlings oder seiner Eltern. Diese Vereine sind also arbeitserfeindlich. Auch die so beliebte „kriegerische Erziehung“ der Jugend hat ihre sehr bedenklichen Seiten. Sogar die konfessionellen Vereine haben schon Bibel und Gesangbuch in die Gänge geworfen und greifen jetzt zu Säbel und Gewehr. Sie sind dem Jungdeutscherlandbunde angegeschlossen. Dieser will die jungen Leute zu guten Soldaten, nicht etwa zu guten Menschen erziehen. Seine Leiter geben offen zu, daß sie die Kriegsbegeisterung wecken und die Sozialdemokratie bekämpfen wollen. Das ist natürlich nicht politisch. Von einer solchen Jugend-erziehung hat das Volk wirklich keinen Nutzen. Diese Kriegsspiele sind äußerst verwerflich, gefährlich und gesundheitschädlich und mit der Zeit eine wahre Landplage geworden. Leider finden sich sogar noch Lehrer, die dieses wüste Treiben mitmachen. Mit Freizeitsport, Öffnen der Kassen, Liefern von Brotbeuteln und Kommissbüchsen sucht man die Jugend einzufangen.

Dazu werden sich die jungen Arbeiter aber nicht gebrauchen lassen. Sie haben auch ihre Ehre. Sie wissen, daß nur der ihr Freund ist, der ihre Lage erleichtert. Das tut aber nur

die freie Jugendbewegung. Der junge Arbeiter gehört zu seiner Klasse. Wer sich von ihr abhebt, ist ein Verräter an der eigenen Sache. Nichtswürdig aber ist die Jugend, die nicht ihr Alles freudig legt an ihre Ehre.

Stürmischer Beifall lohnte dem Redner. Die begeisterten Migen, die glühenden Wangen der Jugend im Saale aber zeigten, daß seine Worte guten Boden fanden. Eins ist sicher: der freien Jugendbewegung in Breslau sind wieder ganze Scharen neuer Anhänger gewonnen, und das haben wir neben Herrn Peters vor allem unserem allezeit dienstfertigen Polizeipräsidenten zu verdanken.

Drei öffentliche Versammlungen

am nächsten Donnerstag werden sich mit der 78 Millionen-Anleihe der Stadt und ihren Oberbrückensplänen beschäftigen.

Redner in diesen Versammlungen sind die sozialdemokratischen Stadtverordneten, Versammlungssäle das Gewerkschaftshaus, die „Deutsche Krone“, Weinstraße 53/55, und der „Schweizerhof“, Schweigerstraße 23. Nach den Vorträgen freie Aussprache für jedermann.

Es darf wohl erwartet werden, daß diese so vielseitig gewünschten Versammlungen gut besucht sein werden.

Wie die Frommen den Bußtag feiern.

Daß die Breslauer Arbeiter am Bußtag den ersten Kunstgenuss des „fliegenden Holländers“ hatten, das gab der muckrischen „Schlesischen Volkszeitung“ Anlaß zu einer Demagogik. Wie würdig die Frommen den Bußtag zur politischen Heße auszunutzen, darüber unterrichtet ein Bericht derselben „Volkszeitung“ aus einer Bußtags-Versammlung in Reisse, wo Pfarrer Stull den Geboten der christlichen Nächstenliebe mit folgender frommen Rede Rechnung trug:

„Die Sozialdemokratie will 45.000 Agenten in das Land hinaus schicken, um die Aufrichtigen und Unerbittlichen für ihre „Volksfürsorge“ und damit für ihre Partei einzufangen. Sie werden auch bei euch anknöpfen, ihr christlichen Frauen, und werden euch mit falschen Worten und euren Vorurteilen ausmaulen! Christliche Frauen! Dießem „Wolf im Schafskleid“ weiset energisch die Tür und wenn sie ihre Schriften aus eure Schmelze legen, dann werfete sie ins Feuer — ungeliesene. (Aha!) Haltet fern von euren Wohnungen und euren Familien das sozialdemokratische Gift.“

Diese Gifrede ist dem Bußtage natürlich besser angepaßt gewesen, als die Ausführung des ersten Musikwerks im Stadttheater!

Natürlich wird aber auch bekannt, daß der katholische Verein St. Heinrich in Breslau am Bußtage selber eine — Theater-Vorstellung veranstaltete, sie sogar von den eigenen Mitgliedern vorführen ließ. Der Titel der Stüdes war — wie der unsere — ernster Natur: „Der Heldentod der Schill'schen Offiziere“, die Aufführung durch die Dilettanten aber wird wohl eher eine unfreiwillige Lustbarkeit gewesen sein, als der „fliegende Holländer“.

Zimmerhin: katholische Worte — katholische Taten! O, ihr Heuchler!

Die Volksvorstellungen.

Stadttheater.

Allen Bildungsfeinden zum Troste, fanden sich die Breslauer Arbeiter auch am Sonntag nachmittag wieder in dem ihnen sonst wegen der hohen Eintrittspreise verschlossenen Stadttheater zusammen, um sich an Verdis „Amelia“ oder „ein Masteuball“ zu erbauen. Schon früher waren sie durch den Bildungsausschuß mit verschiedenen anderen Opern Verdis bekannt worden. Diesmal gelang es den zum 100. Geburtstag Verdis hier in Breslau zum ersten Male einstudierten „Masteuball“ zu bekommen. Mit der ersten Besetzung (nur einige kleinere Rollen waren anders besetzt) ging der Verdiche Spaltung vor unserem auch so dankbaren Publikum in Szene. Besonders Herr Hochheim als Graf Nard und Herr Becker als Nene erweckten allgemeine Begeisterung. Henss Gattin Amelia wurde von Frä. Loch mit tiefer gefanglicher und darstellerischer Hingabe gegeben. Und wen erweute nicht das feste Spiel und die frische Stimme des Frä. Bauer, die in der Rolle des Vagen zum ersten Male in der Volksvorstellung mitwirkte. Die Musikleitung lag in den Händen unseres neuen Kapellmeisters Herrn Rio, der auch diesmal mit seinem Verstandnis und Zurückhaltung das Werk eines Landmannes dirigierte, was besonders im vierten Akte wohlthuend auffiel, bei welcher Gelegenheit auch die Parze durch behaftetes Spiel aufiief.

Schauspielhaus.

Ein guter alter Bekannter, Carl Müllers „Bettelstudent“ sprach am Sonntag nachmittag in einer Volksvorstellung des Sozialdemokratischen Vereins im Schauspielhaus wieder einmal vor. Und wie es im Leben nun einmal üblich, haben gute alte Bekannte, selbst wenn sie Bettelstudenten sind und in schlechterer Verfassung als früher zu uns kommen, immer auf eine freundliche Aufnahme zu rechnen. Das war am Sonntag auch wieder der Fall, obwohl die Vorstellung den Eindruck machte, als wäre sie nicht genügend vorbereitet. Solisten, Chor und Orchester ließen namentlich im ersten Akte viel zu wünschen übrig, was sich dann aber erfreulicherweise besserte. Rühmend hervorzuheben ist nur der alte Oberst Ollendorf des Herrn Brandt, alle übrigen Mitwirkenden fanden sich gut und schlecht mit ihren Rollen ab. Es soll schon bedeutend bessere „Bettelstudenten“ gegeben haben.

Stadt-Theater.

„Die Zauberflöte“ von W. A. Mozart.

Wenn man den Gerüchten Glauben schenken darf, daß uns u. a. Künstler tote Mittelopf und Gas verlassen, so wird es in diesem Jahre um unsere Oper traurig aussehen, da gerade diese Herren schwer zu ersetzen sein dürften. Gute Buffolendore werden ohnedies immer seltener, und Herr Mittelkopf behält den Vorzug, im komischen Fach gleich verweidbar zu sein, wie im seriösen. Einen „Sarastro“ von dieser Güte in Erscheinung, Spiel, Gesang und Dialog haben wir seit Jahren nicht gehabt. Das Publikum, das am Sonnabend in größerer Anzahl ins Theater gekommen war, gab bei jeder sich bietenden Gelegenheit, häufig auch bei offener Szene, seine Freude dar-

über zu erkennen, daß wir all das Gute noch haben. Die Vorstellung konnte sich im allgemeinen sehen und hören lassen. Herr Weill hielt das Orchester in einer überaus erfreulichen Deutung, und es war wirklich eine Wohltat, den ganzen Abend hindurch niemand schreien zu hören. Freilich wurde auch heftig mancherseits übertrieben. So hörte man z. B. von den drei Damen mitunter recht wenig, und Frä. Reinhardt als Pamina brachte die hohen Noten so, daß man annehmen mußte, sie sei indisponiert. Andere Stellen ihrer Rolle jedoch boten, daß sie noch selten so gut bei Stimme war, wie vorgeführt. Die junge Künstlerin bot in ihrer äußeren Erscheinung ein Bild entzückender Anmut und war auch gefänglich so, daß man von ihr für die Zukunft das Beste zu erwarten hat. Darstellerisch ist noch viel hinzuzufügen. Der Kammerherr Herr Gläfer ist wieder um ein gut Stück vorwärts gekommen; wenn es dem strebsamen Künstler gelingt, das Tremolieren und den weinerlichen Ton zu beseitigen, wird er seine Partien reiflos bewältigen. — Frä. Bauer war eine ihrem lustigen Partner Deter, der in bester Verfassung sang und spielte, ebenbürtige Papagena. Ganz außerordentlich waren die drei Knaben mit den Damen Karowka, Kammler und Bruck besetzt, und Herr Gass gab einen sehr gut charakterisierten Mohren. Der „Sprecher“ war bei Herrn Pierröth, die Priester bei den Herren Transly und Capell gut aufgehoben. — Man bemerkte auch einige nur gutzuhelfende neue szenische Anordnungen. — Die von Herrn Weill angeführten langsame Zeitmaße sind zu billigen (bis auf die Bildsäule, die gar zu gedehnt ersieht); bei der zweiten Arie Sarastro wußte er sich nicht bald in das von Herrn Mittelkopf richtig gebrachte Tempo hineinzu finden. Sehr höfend sind die Konversationen zwischen gesprochenem Wort und Musik; man hat immer den Eindruck, als habe er das Orchester den Eintritt verpaßt.

Lobe-Theater.

„Fräulein Julie“, naturalistisches Trauerspiel in einem Akt von August Strindberg. „Hierauf“, „Crainquebille“, Schauspiel in 3 Bildern von Anatole France.

Es gibt Leute, die da meinen, vom Standpunkte der Polizei war es ganz richtig, daß der Jenfor — in dem wohlbehüteten Deutschland braucht man diese aus der Kleinkinderbewachranstalt herübergenommene wundervolle Einrichtung noch, — daß also der Jenfor das Stück verbot. Wir sind nach Kenntnis der Dinge — und wir sind vielleicht etwas sachverständig in solchen Fragen — durchaus nicht der Ansicht, daß dieses Stück nur eine Satire auf unsere Verhältnisse sei. Bei uns ist man nicht ohne Straßenhändler, schmökern die Schutzleute auch keine Meinende, und wir haben auch volles Vertrauen zu unseren Richtern, daß sie sich auf die Seite der Zivilisanten stellen würden. Und hatman wohl je gehört, daß jemand der einen Schutzmännchen einen Schweinehund nannte, von einem Gericht 14 Tage Gefängnis erhielt? — Ach, nein. So etwas passiert nur in dem wilden Frankreich. Und daß man bei uns an so etwas gar nicht denkt, zeigte der (trotz Polizeireklame) schlechte Besuch des Lobe-Theaters. Nein, der Breslauer Philister will sich mit dem Schutzmännchen nicht verderben; und die faule so befallsreudigen Hände derer, die gekommen waren, blieben ziemlich still. Nicht daß sie durch hatten, daß sie von ihnen gelegentlich abgepaßt würden; o nein, das sind ja Märchen. Auch daß sie dabei nicht an das Wort: „Im Hause des Gehänselten“

man nicht vom Stride reden. Vielleicht denkt er über derartige Dinge überhaupt nicht nach.

Der Wert des französischen Stückes (das bekanntlich heute zu den „Unsterblichen“ der Pariser Akademie gehört), liegt in seinem konsequenten Naturalismus, unter dem manchmal, der tragische Gedanke fast erdrückt wird. Manchmal könnte man glauben, einen Arno Holz zu hören. Jedenfalls ist das Stück in manchen Zeilen eine interessante naturalistische Studie. Vielleicht könnte uns das Schicksal des alten Gemüthshändlers Crainquebille, der durch die Schifane der Polizei erst ins Gefängnis und dadurch in der Folge auf seine alte Lage dem härtesten Elend überantwortet wird, noch mehr packen, wenn diese Episode nicht zu breit angelegt wäre. Auch wird man es in Deutschland nicht gut verstehen, daß man einem Straßenhändler keine Waren mehr abkauft, weil er wegen Verleumdung eines Schutzmännchen im Gefängnis saß. Bei uns ist es meistens schon gar nicht möglich, daß ein Händler vierzig Jahre seinem Verufe nachgehen kann, ohne jemals mit der Polizei in Konflikt zu kommen und dann ist die Polizei allgemein so wenig beliebt, daß man schwerlich jemanden, der sie beleidigte, konfotieren würde. Liegen doch bei uns die Verhältnisse so, daß jeder unredliche Charakter früher oder später mit ihr in Konflikt kommen muß.

Die Aufführung unter der Spielleitung des Herrn Berger, besonders das erste Bild: ein Stück Pariser Straßenszene, war von einem verblüffenden Naturalismus. Ein Gemüthskranke, eine Ziehhure und Radfahrer mit einem Menschenauflauf bilden ein wustes Durcheinander. Dagegen machte die Gerichtszenen einen etwas dürftigen Eindruck. Glänzend wurde der alte Händler durch Herrn Pfanz gegeben. Es war ein liebevolles Schöneinverleiten in den durchaus nicht einfachen Charakter dieses Mannes, der plötzlich aus seinem behäbigen Exot in eine ihm völlig fremde Situation geschleudert wird und in dieser so manche Ungeheuerlichkeit begeht. Der schneidige Schutzmännchen wurde von Herrn Scholz mit der nötigen Forche gespielt. Fast glaubte man einen Breslauer Schutzmännchen vor sich zu sehen. Ich will nur noch die Herren Barna, Dalpern, Glaser, Mann und Frau Wäber-Stege mann sowie Fräulein Benaldy erwähnen, die als prächtiger Zeinungsjunges mit ihrem Ziehhunde zum Gaudium des Publikums ein kleines Tauziehen veranstaltete.

Vorher wurde „Fräulein Julie“ von Strindberg gegeben. Auch in diesem Stücke hat der große Weidhaffer das Weib wieder in den Mittelpunkt der Handlung gestellt. Wieder schildert er das Weib als eine Art Spöling, die Lust und Dual verheißt. Ein listernes gräßliches Fräulein stellt in der Johannisnacht dem stolzen Diener ihres Vaters nach. Zwar ist ihr anfangs nur ein grausames Spiel, aber das aufgeregte Blut geht mit ihr durch. Der Diener entpuppt sich im Verlaufe der an sich ganz interessanten, aber durch die enbloße Seelenanalyse oft peinlichen Handlung als ein kalter, rücksichtsloser Streber von großer Intelligenz, der die „Gefallene“, als seine Bläue an dem etwas hysterischen Wesen des Mädchens gerichellen, in den Tod treibt. Der Diener wurde durch Herrn Marx mit vollendeter Meisterchaft gegeben, die uns zeigte, daß wir in diesem Darsteller einen Künstler von seltenen Fähigkeiten haben. Auch Frä. Urban gab die Julie mit virtuoser Technik und echtem Empfinden. Frä. Müllers Köchin war eine tüchtige Leistung.

Die Regierung zum Kampf zwischen Ärzten und Krankenkassen.

Für den Fall, daß ein Ausgleich zwischen Ärzten und Krankenkassen vor dem 1. Januar 1914 nicht erreicht wird, haben unter dem Vorstuh des Staatssekretärs des Innern die Vertreter der Bundesregierungen darüber beraten, wie der § 370 der Reichs-Versicherungsordnung Anwendung finden soll. Dieser Paragraph besagt, daß das Oberversicherungsamt (Weichselkammer) die Krankenkassen wiederholt ermächtigen kann, statt der Krankenpflege oder sonst erforderlicher Behandlung eine bare Leistung bis zu zwei Dritteln des Durchschnittsbetrages ihres gesetzlichen Krankengeldes zu gewähren, wenn die Kassen keinen Vertrag zu angemessenen Bedingungen mit einer ausreichenden Zahl von Ärzten abschließen kann. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ veröffentlicht in ihrer Ausgabe vom Sonnabend folgende Grundzüge, unter welchen der § 370 der Reichs-Versicherungsordnung Anwendung finden kann:

1. Voraussetzung für den Erfolg der Naturalleistungen der Kasse an Krankenfürsorge durch ein erhöhtes Krankengeld ist eine ernstliche Gefährdung der ärztlichen Versorgung dadurch, daß die Kasse keinen Vertrag zu angemessenen Bedingungen mit einer ausreichenden Zahl von Ärzten abschließen kann. Daher kann der Kasse die Ermächtigung aus § 370 nur erteilt werden, wenn die Gefährdung der ärztlichen Versorgung im Verhalten der Ärzte ihren Grund hat. Liegt der Grund in dem Verhalten der Kasse, so ist die Ermächtigung zu verweigern. Die in Grundzügen daraus festzuhalten, daß § 370 nicht dazu bestimmt ist, in den Streit zwischen Ärzten und Kassen über das Arztgeld zugunsten der einen oder der anderen Partei einzuschreiten, sondern die ärztliche Versorgung der Massenmitglieder für die Dauer eines vertragelosen Zustandes sicherzustellen.

2. Das Ober-Versicherungsamt darf nicht von Amtes wegen, sondern nur auf Antrag der Kasse eingreifen. Bei Regelung der Angelegenheit wird nach den bisherigen Erfahrungen eine Vermittelung der Versicherungsämter in manchen Fällen zweckmäßig sein.

3. Die auf Grund der Ermächtigung gewährte Barleistung bietet den Ersatz für die Krankenpflege, die nach § 182, Nr. 1 der Reichs-Versicherungsordnung ärztliche Behandlung und Versorgung mit Arznei, sowie Brillen, Bandagen und kleineren Heilmitteln umfaßt, und für die sonst erforderliche ärztliche Behandlung (ärztliche Geburtshilfe, ärztliche Schwangerenpflege, ärztliche Hilfe an die Familienangehörigen, soweit sie jagungsgemäß zu gewähren sind).

Der Krankenkasse bleibt im Bedarfsfalle zur Herstellung des Gleichgewichts zwischen Einnahmen und Ausgaben der Kasse, durch ihre Satzungen etwaige Nebenleistungen, insbesondere die Familienhilfe, abzuschaffen oder einzuschränken oder die Beiträge zu erhöhen.

4. Die Höhe der Barleistung geht bis zu zwei Dritteln des Durchschnittsbetrages des gesetzlichen Krankengeldes der Kasse. Das gesetzliche Krankengeld beträgt die Hälfte des Grundlohnes (§ 182, Nr. 2 der Reichs-Versicherungsordnung).

Der Durchschnittsbetrag ist in der Weise zu ermitteln, daß die Zahlen der in jeder Lohnstufe oder Klasse vorhandenen Versicherten mit den Grundlöhnen verhältnismäßig, diese Summen aufsummiert und durch die Gesamtzahl der Versicherten geteilt werden. Als Grundlohn der wirkliche Arbeitsverdienst festgesetzt, so sind die Grundlöhne aller Versicherten zusammenzusetzen und ihre Summe ist durch die Anzahl der Versicherten zu teilen.

Es ist jedoch auch eine summarische Berechnung des durchschnittlichen Grundlohnes etwa in folgender Weise zulässig: Hat eine Klasse vier Klassen Versicherten mit 1,50 Mk., 2,50 Mk., 3,50 Mk. und 4,50 Mk. Grundlohn, so würde der Durchschnitt des Grundlohnes 12:4 gleich 3 Mark betragen. Das gesetzliche Krankengeld würde hiernach 1,50 Mark und der Höchstbetrag der Barleistung nach § 370 der Reichs-Versicherungsordnung 1 Mk. für den Arbeitstag betragen.

Grundsätzlich soll die Barleistung den tatsächlich von den Versicherten für Heilbehandlung und Heilmittel gezahlten oder zu zahlenden Betrag nicht übersteigen.

Es bleibt den Kassen überlassen, wie sie sich die Ueberzeugung davon verschaffen, welchen Betrag der Versicherte tatsächlich aufgewendet hat.

5. Das Ober-Versicherungsamt kann die Ermächtigung auch auf Teile des Bezirks einer Kasse beschränken, falls die Kasse für die übrigen Teile ihres Bezirks mit den Ärzten einig geworden ist.

6. Der Kasse bleibt überlassen, wie weit sie Krankenpflege usw. in Natura gewähren will. Ein Rechtsanspruch auf die Barleistung besteht nur, soweit die Kasse keine Krankenpflege usw. gewährt.

7. Soweit die Kasse nicht durch eigene Ärzte oder Einrichtung einer Art Poliklinik die erforderlichen Bescheinigungen erhält, können Bescheinigungen von Kassensprechern, Gemeindevorständen, Ortsvorstehern, Arbeitgebern, Hebammen, Schwestern oder anderen Personen von hinreichender Zuverlässigkeit und Sachkunde, endlich Augenzeugen des Kassensprechers in Frage kommen. Schließlich bleibt bei Streit Vermehrung des Urteils als Zeugen oder Sachverständigen vor dem Versicherungsamt oder Gericht.

33 Kirchenaustritte.

Der Freierversverein hielt am Totensonntag im „Kronprinzen“ eine öffentliche Versammlung ab, in der Prediger Tschirn von der freien Religionsgemeinde einen stimmungsvollen Vortrag hielt über: „Was uns die Toten sagen“. Dem Vortrage folgte eine Aussprache über die gegenwärtige Kirchenaustrittsbewegung, an der sich Genosse Darf und die Herren Bietsch und Lehner beteiligten. Auch Prediger Tschirn forderte in seinem Schlusswort zum Kirchenaustritt auf. Am Schluß der Versammlung wurden 33 Kirchenaustritte getätigt. Insgesamt sind in den letzten vierzehn Tagen in Breslau mehr als 200 Kirchenaustritte erklärt worden.

Christen unter sich.

Man schreibt uns:

Herr Dietrich, der Leiter des schwarzen Kreuzes, scheint immer mehr in die Spuren der Heilsarmee geraten zu wollen. Seine Sonntag-Versammlung in der „Neuen Börse“ trug schon ganz das Gepräge dieser gottlosen Gesellschaft. Da war ein Orchester, aufgemastelt aus dem Klavier und einigen Trompeten, die in gewissen Pausen geistliche Melodien in den Saal hineinschmetterten, um den glücklichen Inhabern der Eine-Mark-Kasse etwas zu bieten, was sie gewiß nicht alle Tage hören. Ein Teil der Zuhörer sang mit, ganz wie bei der Heilsarmee. Neben mir saß ein dicker Herr, der mit ununterbrochen mit viel Gefühl und wenig Stimme die schönsten Choräle ins Ohr brüllte. Dann zeigte sich Frau Dietrich als Solofängerin, und ihr folgte erst Herr Dietrich als Redner des Abends. Sang seine Frau etwas zu fein, so redete er dafür um so berber.

In den ersten Jahrhunderten war nach jeder Ansicht die christliche Kirche noch eine Idealeinrichtung. Jetzt aber ist ein falscher Gottesdienst eingeführt. Meilinger haben sich eingebracht und die wahren Gläubigen hinausgeworfen. Der Heiligenwandel und das Abkloppwesen machen sich in der katholischen Kirche breit. Dabei leben die Pfaffen durchweg nicht nach ihren eigenen Kirchengesetzen. Im Dalken sind einmal beim Besuch des Kaisers (?) während der Festszeit 160 Gerichte auf der Tafel gewesen. Der Besitz ist heute in der Kirche aus- schlaggebend. Jesus hat sich aber keine Finger gesucht, die auf dem Gelbfuß herumtrotzen. Die Priester haben 8-10.000 Mark Gehalt, die armen Witwen in der Gemeinde aber können hungern. Reiche „Christen“ stützen 1000 Mark für einen Kirchenbau, aber keine 5 Mark für ihre hungernden Witwenkinder. Der „Barronskerr“ baut an einem Ende des Dorfes eine Kirche, am anderen eine - Schnapsbrennerei. Jetzt wollen die Geistlichen sogar Referendare werden. Ob Christus auch preussischer Reimant geworden wäre? Einmalig werden wir die Diener der Kirche auf der Plattform einer Kruppischen Kanone sehen, den Säbel an der Seite und den Rebolber im Gurt, das Evangelium der Nächstenliebe predigen hören. Christus stand frei vor Pilatus und Herodes. Die Diener der Kirche aber liegen vor den Mächtigen der Erde auf dem Bauche, usw.

Die Aussprache war recht ausgebeutet. Bei der großen Zahl der Wortmeldungen erhielt jeder Redner nur fünf Minuten zugewiesen. Nun wackelten die Füße auf der Bühne. Jünglinge mit bezümmtem Blick und vom Geiste erleuchteter Donnerstimme wechselten mit alten Frauen, die ihr Elend vor beneidlich Knechten. Dann wieder traten gesetzte Männer auf, die mit dem Brausen der Ueberzeugung für oder gegen sprachen. Ueber eine Stunde zog sich die Debatte hin, bis endlich ein stimmungsvoller Choral erklingelte und damit den Schluß der heutigen Darstellung ankündigte. Recht nachdenklich verließ ich den Saal, und unwillkürlich fiel mir die bekannte Gemeinliche Rede ein:

Wer da recht hat, weiß ich nicht,
Doch es will mich schier bedünken,
Dah der Rabbi und der Wösch,
Beide gleichermassen stinken.

Ein besserer Gesetzesverächter

hatte sich dieser Tage vor dem Kriegsgericht der ersten Division in Breslau zu verantworten.

Es war der Hauptmann der Landwehr im oberösterreichischen Infanterie-Regiment 62, Kaufmann und früherer Rittergutsbesitzer Hans Joch in Breslau, der wegen Herausforderung zum Zweikampf zu zehn Tagen Festungshaft verurteilt wurde. Die Verhandlung war auf Antrag des Verreters der Anklage wegen „Gefährdung der militärdienstlichen Interessen“ unter Ausschluß der Öffentlichkeit, auch die Verkündung der Urteilsgründe geschah in geheimer Sitzung. Als

Zeugen waren geladen: Amtsrichter Dr. Plau aus Pilsnik bei Breslau, der Quellaner des Hauptmanns, ferner Gutbesitzer Bruno Gerike aus Wittenau bei Berlin, Tierzuchtredirektor Dr. Dier aus Breslau, Rittmeister der Landwehr und Rittergutsbesitzer Karl Döbn aus Zimpel bei Breslau. In dieser Sitzung ist bereits vom Kriegsgericht in einer früheren Sitzung der Name der Festsitzung bekannt gemacht worden, weil er sich ernstlich bemüht habe, daß der Zweikampf freiwil- ligenfalls aufgegeben wurde. Das Gericht beschloß damals, mittelungen anzustellen, über die Verbindung „Agronomia“, ob es noch zum Zweikampf komme oder nicht.

Zehn Tage Festung wegen Herausforderung zum Zweikampf! Man weiß wohl als gebildeter Mensch, der Zweikampf und die Herausforderung dazu ist strafbar, aber trotzdem wird fest darauf los gefordert, um „Ehrenhändel“ und Platsch und Tratsch mit dem Säbel oder dem Rebolber auszuschneiden. Man sieht gewöhnliche Leute herumprügeln, werden sie ins Gefängnis gesteckt; bessere Herren „verbüßen“ ihre Strafe auf der Festsitzung von Rechts wegen!

Eine zweifelhafte Kredit- und Sparbank.

Wegen Vergehens gegen das Genossenschaftsgesetz und Ver- truges (Kautionschein) standen am Sonnabend der Kaufmann Adolf Stach und der Handelsmann Konrad Baumgart vor dem hiesigen dritten Strafkammer. Stach war Ende 1912 ein Kreditunternehmen als Gesellschaft mit beschränkter Haftung ins Leben rufen, wozu er einige Leute warb, aber kein Geld für das „Kreditinstitut“ hergeben wollten. Nach langem Zögern erklärten sich die Kaufleute J. Kraus und Ursprung bereit, sich mit 3000 und 1600 Mark an der Gründung zu beteiligen. Nun glaubte Stach, daß der Gründung nichts mehr im Wege stehe, und er nannte sie „Kredit- und Sparbank“ zu Breslau, e. G. m. b. H. Die Mitglieder wurden zu einem Anteil von je 300 Mark verpflichtet, den nach dem Statut in kleinen Raten einzahlen durften. Einige Mitglieder der Sache noch immer nicht recht trauen wollten, kam Stach auf einen schlaun Einfalt. Er bewilligte dem, der nicht gleich den Anteil zahlen wollte, ein Darlehen von 36 Mark. Davon wurden 6 Mark als Gehühren aufgeschrieben und die übrigen 30 Mark galten als erste Anteilskate. In die Tat wurden die Mitglieder dadurch vertrauensvoller gestimmt. Ein Neumarkt wurde ein Geschäftsträger für die „Bank“ gemein- schaftlich mit im Vorstände.

Da der Kaufmann Ursprung vorstichtshalber die besprochenen 1600 Mark nicht einzahlte und Kraus, nachdem er 1150 Mark gezahlt hatte, seine Erklärung gleichfalls zurückzog, so verfiel die „Kreditbank“ über keine nennenswerten Geldmittel. Stach war über Kraus' Austritt nicht sehr be- dauert. Er machte ihm, als er die 1150 Mark zurückforderte eine große Gegenrechnung, nach der er angeblich nur 900 Mark herauszubekommen hatte. Diese 900 Mark bekam J. jedoch nicht etwa in bar, sondern in Form eines auf die Summe lautenden Sparkausenscheines der „Kreditbank“.

Da die vorhandenen geringen Geldmittel immer knapper wurden, nahm die Bank den Kaufmann Max Richter als Nebenbankanten an. Dieser zahlte, obgleich man 3000 Mark an Kautio von ihm gefordert hatte, nur 1000 Mark ein. Stach überredete Richter zu der Einwilligung, daß die 1000 Mark „vorkaufte“ im Geschäft verwendet werden, da „große Bareinlagen“ zu erwarten seien. Richter merkte leider zu spät, daß sein Geld verloren war, und er konnte auch auf dem Prozesse nichts wiedererlangen. Am Jahresabschluss war von der Generalversammlung eine falsche Bilanz gemacht, daß der Verlust erwidert wurde, die „Bank“ stehe auf guten Grunden. Tatsächlich war sie so schwach, daß ein Darlehen von 500 Mark aufgenommen werden mußte, wofür der Darlehensgeber durch einen Scheinkaufvertrag die Einzahlung ver- pfändet wurde. Nachdem auch noch einige Spekulationen und Veranlassungen der Jahrhundert-Umschulung veranlaßt wurde, mußte am 9. August 1913 der Konkurs angemeldet werden.

Stach wurde von der Strafkammer wegen des gegen Richter begangenen Kautionscheinbetrugs zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Baumgart wurde freigesprochen, da das Gericht bei seiner maßgebenden Sachkenntnis das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit be- neinte. Ein Vergehen gegen das Genossenschaftsgesetz wurde vom Gericht nicht angenommen, weil die falschen Bilanzen nicht dem Gericht eingereicht, und auch nicht der General-Ver- sammlung vorgelegt wurden.

* Zwangsweise versteigert werden demnächst vom Königl. Amts-richters Breslau folgende Grundstücke: Bergstr. 26, am 5. Januar; Charlottenstraße 32, am 10. Januar; Werderstraße 2 am 6. Januar; Michaelisstraße 40 u. Schleiermacherstraße 3 am 6. Januar.

* In Konkurs geraten ist der Kaufmann Alexander Biedentius, Fürstenstraße 100, Konkursverwalter Ra- Michaloc, Nummer 56.

Aus aller Welt.

Einruzlatatrophe.

2 Tote, 14 Verletzte.

Ein Wagenkippen der Garnison in Rougou (Frankreich) führte am Sonnabend abend ein und begrub eine Anzahl Soldaten unter seinen Trümmern. Ein Soldat wurde getötet, fünf schwer und neun leichter verletzt. Von den Schwerverletzten ist einer gestorben.

Wahnsinnshene auf einem Dampfer.

Auf dem italienischen Dampfer „Caterina“, der Sol- daten für Tripolis an Bord hatte, wurde während der Ueberfahrt plötzlich ein Infanterist des 17. Regiments wahnsinnig. Er verbarrikadierte sich in einer Kabine und schuß auf seine Kameraden. Einer von diesen wurde getötet, fünf andere wurden schwer verletzt. Der Wahnsinnige mußte förmlich belagert werden, ehe es gelang, ihn zu über- wältigen. Als er gefesselt werden sollte, entriß er einem der Soldaten das Seitengewehr und schlug damit um sich. Nachdem er noch mehrere Personen durch Stöße verletzt hatte, ließ er sich die Waffe ins Herz und brach tot zusammen.

Der Düsselborfer Bauernrat vor Gericht. Mehrere Monate lang hat sich die Düsselborfer Strafkammer mit dem Zusammenhang der Rieberdeutschen Hans Beschäftigt. Am Sonnabend, am 11. Verhandlungstage, wurde das Urteil gegen die angeklagten Bauernrat gefällt. Das Gericht verhängte folgende Strafen: Der Bauernrat Julius Kohn wegen 35 Straftaten, darunter 22 Missetaten, 7 Jahre Gefängnis und 3000 Mark Geldstrafe (2 Jahre 6 Monate wurden auf die Untersuchungshaft angerechnet), Bauernrat Siegfried Hartwig 3 Jahre Gefängnis und 20100 Mark Geldstrafe (1 Jahr 9 Monate wurden auf die Untersuchungshaft angerechnet), Justizrat Hagemeyer 2400 Mark Geldstrafe, der frühere Stadtrat Hagemeyer 3600 Mark Geldstrafe. Bauernrat Bone 1200 Mark

Geldstrafe, Direktor Dr. Kolben 6 Monate Gefängnis und 2850 Mark Geldstrafe, die Gesamtstrafe gilt durch die Untersuchungshaft als verbüßt, Bankdirektor Danz 5190 Mark Geldstrafe, Direktor Wand 4950 Mark Geldstrafe, Oberlandesgerichtsrat Geheimrat Im Walle wurde freigesprochen, Bücherrevisor Kohleppel 150 Mark Geldstrafe. Bankier Hiltmann wurde freigesprochen, Professor Benner 4 Monate Gefängnis, 1200 Mark Geldstrafe, die Strafe gilt durch die Untersuchungshaft als verbüßt, Direktor Sandmann 5 Monate Gefängnis, 1500 Mark Geldstrafe, Bauernrat Reuler wurde freigesprochen, Kaufmann von dem Ende 3650 Mark Geldstrafe. In der Begründung des Urteils wurde hervorgehoben, die Rieberdeutsche Bank sei Grund auf faul gewesen.

Strandung eines Panzerkreuzers. Der Panzerkreuzer „San Giorgio“ ist bei der Ausfahrt aus der Straße von Messina nach Neapel so an der Küste von Santa Agata bei Messina auf Grund geraten. Die in der Nähe befindlichen Kriegsschiffe sind zur Hilfe herbeigerufen worden. Der „San Giorgio“ hat sich auf die linke Seite gelegt. Die Strandung des Panzerkreuzers „San Giorgio“ ist wahrscheinlich herbeigeführt durch eine Berührung der Panzerkreuzer auf Capo Peloro und auf Punta Pizzo und durch das Hindernis zur Vermeidung eines Zusammenstoßes mit einem Dampfer, der die Meerenge herabkam. Länger haben festgestellt, daß ein Teil der linken Schiffseite auf einem Bett von Sand und Algen ruht, die rechte Schiffseite auf Felsenruht. Einige wasserdicke Abteilungen des Vorderkastens stehen teilweise unter Wasser. Der Unfall kann als ernst bezeichnet werden, doch ist die Lage des Schiffes noch nicht gefährlich. Außer dem bereits an die Unfallstelle gesandten Material wird weiteres folgen. Der Hafen von Messina besitzt ja reichliche Hilfsmittel und im Notfall wird das Schwimmschiff gute Dienste leisten. Der Dampfer „Roma“ ist nach einem vergeblichen Versuch den „San Giorgio“ wieder flott zu machen, abgefahren. Das Betreten des Panzerkreuzers ist verboten. Man will ihn zunächst erleichtern. Dem Kreuzer „Ferruccio“ ist seinerzeit ein ganz ähnlicher Fall geschehen.

Studentenstreik in Madrid. Am Sonnabend, nachmittags gegen 4 Uhr, veranfaßten die Studenten von Madrid einen Streik. Die Polizei verbot ihnen den Weg. Sie wurde jedoch von den in großer Anzahl befindlichen Studierenden bei Seite geworfen, nachdem die Studenten den Kommissar einfach niedergeworfen hatten. Einmal später verbot die Polizei von neuem, die Studenten aufzuführen. Ein Agent ging in seinem Oberjoger so weit, einen der Studenten mit seinem Stöße zu schlagen. Sofort wurde er erstickt und von den Studenten tödlich

gestudentenprügelt. Die Polizei mußte bis zum Schluß der Studentenaufzug ruhig zusehen. Sonnabend abend gegen 8 Uhr als die Geschäfte und Fabriken auf dem Puerta del Sol geschlossen wurden, verhielten die Studenten von neuem zu manifestieren. Diesmal war ein großes Polizeiaufgebot erschienen und es dauerte nicht lange, so hatte man den Platz von den Demonstranten ge- säubert. Es wurden etwa 20 Studenten verhaftet.

Folgenschwerer Erdrutsch. Sonnabend Nacht fand ein Erdrutsch in der Nähe des Tunnels Casurga auf der Eisenbahnlinie von Fern nach Madrid statt. Nach Meldungen einiger Zeitungen entgleiste ein Güterzug und ein nachfolgender Expresszug fuhr auf den Güterzug auf. Den an deren Meldungen zufolge wurde der Expresszug von dem Erdrutsch direkt betroffen. Der Lokomotivführer des Expresszuges hat bei- weile gebrochen. Eine große Anzahl Personen ist ver- un- det. Ob auch Tote zu beklagen sind, konnte noch nicht festgestellt werden.

Schwerer Automobilunfall. Gestern abend gegen 6 Uhr verließ der Kaplan Kolben die Dirschaff Gilleri im Automobil. In dem Wagen befanden sich außerdem seine Mutter, seine verheiratete Schwester und drei Kinder. Der Kaplan wollte, irreführt durch zwei Lichter, angeblich einem Auto ausweichen, fuhr aber in die Dunkelheit in's Wasser. Dem Kaplan gelang es, seine Mutter zu retten. Die Schwester und die drei Kinder ertranken.

Heberfall auf einem Rastboten. Ein Angestellter der Compagnie Midi wurde in Sevilla auf offener Straße von einer Anzahl Banditen angefallen, die versuchten, ihm eine mitgeführten Betrag von 33 Pesetas abzunehmen. Auf die Hilfe des Heberfallenen eilten Polizisten herbei, worauf die Banditen entflohen. Sie wurden von den Polizisten verfolgt und die letzten gaben mehrere Schüsse ab. Einer der Banditen erlitt einen Schuß in den Kopf. Sein Zustand ist hoffnungslos; die anderen entkamen.

Ein Vatermörder. In der Nacht zum Sonntag ver- leht der Zagelehner Prenat in Villars-le-See (Frankreich) seinen Vater infolge eines Streites durch drei Messerliche. Die Gendarmen herbeikamen, um Prenat zu verhaften, verbar- rikadierte sich dieser in seinem Hause und erklärte, daß er seinen Vater töten würde, falls die Gendarmen auf ihn schießen sollten. Einer der Gendarmen gab darauf einen blinden Schuß ab, um Prenat zu erschrecken. In diesem Augen- blick spaltete Prenat mit einer Hacke seine- Vaters Kopf und ließ sich dann verhaften.

Programm zum Volkskonzert

sind außer den schon angegebenen Orten auch in der Expedition der 'Volksmacht', Neue Graupenstraße 7, zum Preise von 30 Pfg. zu haben. Das Konzert findet am Sonntag, den 7. Dezember, statt.

Ueber die Maul- und Klauenseuche

und deren Bekämpfung veröffentlicht der Polizeipräsident folgende Belehrung mit dem Hinweis, daß jede verächtliche Krankheitserscheinung bei Vermeidung hoher Geldstrafen sofort angezeigt werden muß:

Die Maul- und Klauenseuche ist eine ansteckende Krankheit, von der Rinder, Schafe, Ziegen und Schweine befallen werden, und die bei diesen Tieren in vornehmlicher oder aufgehobener Fleisch, in Abnahme der Milchabsonderung, Speichel aus dem Munde, Steifheit oder Lahmheit auf mehreren Füßen, Wunden im Munde, am After, im Klauenpolst in Erscheinung tritt. Die Wunden platzen sehr frühzeitig, so daß man meist nur die abgestoßenen, weiß gefärbten Schleimhautreste, Hautfetzen und darunter die wunden roten Stellen sieht.

Die Infektion erfolgt außerordentlich leicht und schnell von Tier zu Tier und durch alle Gegenstände, die mit dem absterbenden Inhalt der Wunden in Berührung kommen, wie Futter, Streu, Dünger, Stallgeräthe, Milchgeräthe, Kleider des Personals, Schuhwerk, Hände, Gefäßel. Die Krankheit hat manchmal plötzliche Todesfälle zur Folge, stets Abmagerung und Milchverlust, nicht selten Verfalls und Notbeschlagung stark abgemagerter Tiere wegen Klauenleiden (Hufschäden).

Zur Pflege erkrankter Tiere ist zu empfehlen, weiches Futter, Tränke, trockene Streu, gute Lüftung des Stalles, Reinlichkeit und strengste Desinfektion der Stallgassen und Rinnen. Der Mensch als Krankheitsüberträger ist tierärztliche Hilfe zu empfehlen.

Von der Oberschiffahrt

schreibt der Schiffsverkehrsverein u. a.: Der Schiffsverkehr hauptsächlich auf der oberen Oder ist noch sehr reger. Die Staustufen von Gohel abwärts bis Orlau sind von tiefer gehend in Schiffen vollständig betriebsbereit und ist auf dieser Strecke ganz normaler Verkehr. Zwischen Orlau und Breslau liegt die gesamte Oder voll von zu Tal fahrenden Schiffen, ein Zustand, der vor Eröffnung des zweiten Großschiffahrtsweges in Breslau leider jetzt häufiger wiederkehren wird. An den hiesigen Schleusen ist je nach der Abfertigungsmöglichkeit auch die Nachschleusung zu Hilfe genommen. Im Vergleiche liegen auch noch vor der Breslauer Unterschleuse etwa 50 Fahrzeuge, welche aufwärts wollen. Vor der Rüttscher Schleuse hat sich ein ganz erheblicher Schleusenstau eingestellt. Die nach den mächtigen Wasserstraßen b. h. im Winterfahrzeuge liegen oberwärts bis nach Orlau. Es bleibt dringend zu wünschen, daß Sonntags- und Nachbetrieb jezt ständig durchgeführt wird, damit das Fehlen der zweiten Schleulentreppe, welche zuwandernde Waaren aufzufahren hat, nicht allzuschwer die Schifffahrt schädigt. Der notleidende Wasserstand auf den Märkischen Wasserstraßen hat nunmehr wieder die normale Tauchtiefe erlangt. Auf der unteren Pappel beträgt die Tauchtiefe heute 1,85 Meter. Die Hindernisse auf der unteren Elbe haben sich durch geringen Wassergewinn etwas gebessert, beziehen aber für tiefbeladene Fahrzeuge immer noch.

Die Breslauer Christlichen gegen das Kartell der Scharmacher. Am Vortag (1) tagten die Christlichen Genossenschaften in den Untereisenstädten und nahmen nach einem Vortrag des Sekretärs Schopohl folgende Resolution an:

Die am 19. November in den Untereisenstädten tagende Versammlung der christlichen Gewerkschaften von Breslau verurteilt scharf die Bestrebungen des sogenannten 'Kartells der schaffenden Stände' in bezug auf Beschränkung des sozialistischen und der sozialistischen Bewegung. Sie fordert alle Mitglieder der christlichen Gewerkschaften auf, in erhöhtem Maße für eine Stärkung der christlichen Gewerkschaften einzutreten, um so erfolgreicher alle arbeitserwidriglichen Bestrebungen abzuwehren. Alle Mitglieder werden aufgefordert, sich den politischen bürgerlichen Parteien anzuschließen, denen jeder nach seiner Ueberzeugung anzugehören hat, und in den Parteiorganisationen dahin zu wirken, daß die Bestrebungen des genannten Kartells von den Parteien abgelehnt werden.

Da sollen die Christen nur recht genau aus Zentrum acht geben, das ist in dem Punkte nicht populärlich sicher!

Nicht vorwärts, sondern rückwärts. Die Ortskrankenkasse der Fleischer und Wurstmacher in Breslau soll am 1. Februar 1914 in eine Innungs- und Krankenkasse umgewandelt werden. Die Herren von der Fleischer- und Wurstmacher-Zwangs-Innung haben es so beschlossen. Die Reichs-Versicherungs-Ordnung läßt es leider zu, daß neben den allgemeinen Ortskrankenkassen, den besonderen Ortskrankenkassen, Fabrikantenkassen usw. auch noch Innungs- und Krankenkassen weiter bestehen und neu errichtet werden können. Das machen sich jetzt die Jünger zumute, um die Meister und Gesellen noch mehr als bisher in ihre Gewalt zu bekommen. Sätten die Fleischer-Gesellen eine gute Organisation, wären sie alle Mitglieder der freien Gewerkschaft, dann würden es die Ortsräte in der Innung nicht wagen, eine Innungs- und Krankenkasse zu gründen.

Kein kostenloses Ausbuchen größerer Gepäckstücke. Die Eisenbahndirektion Breslau schreibt: Auf dem Hauptbahnhof und dem Freiburger Bahnhof in Breslau besteht aus früherer Zeit die Einrichtung, daß eine kostenlose Aufbewahrung größerer Gepäckstücke stattgefunden hat, wenn innerhalb 24 Stunden deren Abfertigung als Reisegepäck vorgenommen wird. Diese Sonderbegünstigung, die seinerzeit unter ganz anderen Verkehrsverhältnissen aus den heutigen getroffen worden ist, entspricht weder den derzeitigen Bestimmungen, noch dem jetzigen Verkehrsstand und hat bei den Breslauer Geschäftsverhältnissen zu vielen Unzuträglichkeiten geführt. Außerdem liegt für sie kein Bedürfnis mehr vor, weil die Fahrkarten vier Tage Gültigkeit haben, also die Reisenden ihr Gepäck schon am Tage vorher bei der Gepäckabfertigung ausgeben und abfertigen lassen können, wenn sie vorher Fahrkarten gelöst haben. Die erwähnte Sonderanordnung wird daher zum 1. Dezember d. J. aufgehoben.

Neue Schrebergärten. Auf städtischem Gelände zwischen Beckmühlstraße und Pfeilsteinstraße werden neue Schrebergärten angelegt, um der dauernden Nachfrage zu genügen. Die Stadt will auf einem 1700 qm großen Landstück bei Gärten anlegen. Hauptpächter dieser Schrebergärten ist der ostpreussische Schrebergärtner-Verein.

Das Schlagwerk auf dem Eisabreithurm ist seit einigen Tagen gestört, wobei die Stunden nicht angeschlagen werden können. Die Störung dürfte binnen kurzem beseitigt sein.

Von der Jahreshauptversammlung. Wie wir bereits mitgeteilt haben, ist das finanzielle Ergebnis der Jahreshauptversammlung günstig. Um möglichst bald der Bürgerchaft die genaue Einnahmen und Ausgaben melden zu können, ersucht die Hauptversammlung, alle rückständigen Rechnungen umgehend einzusenden (siehe Anzeiger).

Stadtvorstandesversammlung. Donnerstag, den 27. November wird, keine Sitzung abgehalten.

Einbruch. Am Freitag ist in einem Grundstück auf der Kreuzburgerstraße aus einer Bodenlampe ein Rinderportwagen, ein schwarzer Pelzmuff und eine Bithier gestohlen worden. In die Kajüte eines an der Pumpstation in der Oder liegenden Kahn ist ein Dieb gewaltsam eingedrungen und hat darauf 110 Mk. gestohlen.

Die Stillschließungsverbrechen. Der Polizeibericht meldet: Nach amtlicher Auskunft von der königlichen Staatsanwaltschaft ist den widersprechenden Mitteilungen der Zeitungen gegenüber festzustellen: 1. In dem für Mitte Dezember angelegten Termin vor der I. Strafkammer werden sich nur der Kaufmann Blache, der bekanntlich zum vorigen Termin nicht rechtzeitig geladen war, und dessen Sache daher vertagt werden mußte, und der Großhändler Krobok zu verantworten haben, dieser wenn er sich, wie er zu beabsichtigen scheint, bis dahin freiwillig dem Gericht gestellt hat. Neue Ermittlungen oder neue Verhaftungen wegen Stillschließungsverbrechen oder Vergehens gegen die Mädchen Emma Seidel und Klara Fröhlich sind nicht erfolgt. 2. Wenn eine Anzahl von Personen, Männer und Frauen, die in dieser Strafsache wegen Kupperei festgenommen worden sind, wird ebenfalls vor der Strafkammer verhandelt werden. 3. Die Strafsache gegen einen bereits im ersten Verhandlungstermin Verurteilten, dem sträfliche Beziehungen zu einem dritten Mädchen nachgewiesen worden sind, wird in einer besonderen Gerichtsverhandlung erledigt werden.

Tot aufgefunden wurde am Sonntag vormittag, kurz nach 8 1/2 Uhr, in der königlichen Akademie für Kunst und Gewerbe, Kaiserin-Augusta-Platz 3/4, ein 17 Jahre alter Schüler. Der Verwalter fand ihn in der Dieberei im Keller auf dem Fußboden liegend. Ein sofort herbeigerufener Arzt stellte den bereits eingetretenen Tod fest, der vermutlich durch Schlaganfall eingetreten war. Es konnte bald ermittelt werden, daß es sich um den Schüler und Hülfslehrer Alfred Schönborn handelt, der bei seinen Eltern, Berliner Platz 18, gewohnt hat.

Mit Gas vergiftet hat sich am Sonntag in einer Eisenbahnverfahrsstation auf der Siebenhufenstraße ein Hilfsarbeiter.

Ergängt aufgefunden wurde ein auf der Großen Dreilindengasse wohnender Arbeiter. Seine Ehefrau, die kurze Zeit fortgegangen war, fand bei ihrer Rückkehr den 38jährigen Mann tot in der Wohnung.

Einem Selbstmordversuch unternahm am Freitag ein auf der Friedrichstraße wohnendes Fräulein; es wurde ins Wenzel-Gandke-Krankenhaus geschafft.

Schwerer Zusammenstoß mit der Elektrischen. Auf der Gräbchenerstraße stieß am Freitag ein Straßenbahnzug mit einem beladenen Breiterwagen zusammen. Der Anprall war so heftig, daß der schwere Breiterwagen umgeworfen wurde, die Wabendeckel zerbrach, das Pferd stürzte und kam unter den Wagen zu liegen. Ein Haushälter, der in demselben Augenblick am Breiterwagen mit seinem Handwagen vorbeifahren wollte, wurde mit umgerissen und sein Wagen erheblich beschädigt. Am Motorwagen des Straßenbahnzuges wurden zwei Scheiben zertrümmert. Menschen sind glücklicherweise nicht zu Schaden gekommen.

Schwerer Straßenunfall. Am Sonnabend abend gegen 6 1/2 Uhr wurden auf der Döwigerstraße Ecke Kleischlaustraße eine Mäherin und ein Student, die beide dort den Fahrweg überschreiten wollten, von einem in rascher Fahrt daherkommenden Rollwagen erfaßt, zu Boden geschleudert und anscheinend schwer verletzt.

Schwerer Anfall erlitt am Sonnabend mittag kurz vor 1 Uhr ein Bierkutscher der Firma Kuhnert, der im Hause Döwigerstraße 75 mit dem Wägen von Bier beschäftigt war. Die Pflaster vor dem Hofe aus durch einen verdeckten Schacht in den etwa 8 Meter tiefen Keller hinabgelassen, dabei ist der Kutscher auf unerklärliche Weise mit hinabgeglitten. Der Mann erlitt außer einer schweren Kopfwunde anscheinend auch innere Verletzungen. Samariter der Feuerwehr leisteten dem Verunglückten die erste Hilfe und schafften ihn ins Allerheilighospital. Der Bierkutscher ist Sonnabend nachmittag im Hospital gestorben.

Reberieherdiebstahl. In einem Restaurant auf der Junkernstraße ist eine schwarze Sommerübergieher mit grauem Futter von Kleiderdieben gestohlen worden.

Gefährlicher Ringkampf. Ein Würfelmacher wurde am Sonntag früh 8 1/4 Uhr vor einem Grundstück auf der Matthiassstraße hilflos aufgefunden. Er hatte dort mit einigen anderen Männern einen Ringkampf geführt und dabei zur Erde stürzend, einen Knöchelbruch und eine Verletzung am Kopf erlitten. Seine Kampfgefährten hatten ihn rücksichtslos liegen lassen. Der Verletzte wurde ins Allerheilighospital geschafft.

Verschwinden eines Münzmaßmessers. Ein Münzmaßmesser in einer Wohnung auf der Weidenburgerstraße ist gemalkam geöffnet und seines Geldinhalts von etwa 8 Mk. beraubt worden.

Taschendiebstahl. Am Freitag ist einem Postsekretär, der auf dem Ring vor dem Schauspieler eines Warenhauses stand, im Gedränge ein Portemonnaie mit 80 Mk. aus der Tasche gestohlen worden.

Diebstahl. Aus einem Hausflur auf der Döwigerstraße ist ein Gasbad mit Ventilzündung losgelöst und gestohlen worden. — Auf dem Märkischen Güterbahnhof ist am Freitag einem Arbeiter sein blauer Paletot mit auf schwarzem Sammet gesticktem L. gestohlen worden. — Einer Zeitungsträgerin ist ihre Tasche mit den Zeitungen aus einem Hausflur auf der Matthiassstraße gestohlen worden. In der Tasche war noch ein schwarzes Ledergeldtäschchen mit Inhalt.

Kolldiebstahl. Am Sonnabend ist von einem Handwagen, der auf dem Ring (Nachmarktseite) wenige Minuten aufsichtslos stand, ein Paket in blauem Packpapier gestohlen worden; es enthielt Theaterchais und Wollwaren im Werte von 182 Mk.

Fahrrabdiebstahl. In den letzten Tagen sind nachstehend verzeichnete Fahrräder gestohlen worden: Solid Nr. 85 155 mit gelben Felgen. Lya, schwarze Felgen. Sorpedo Nr. 173 614, Polzfelgen. Solidaria Nr. 605 549, schwarze Felgen. Triumph Nr. 184 435. Dieselbe Marke Nr. 177 282, grüner Rahmen, Freilauf-Fahrrad. Brenabot Nr. 688 218, gelbe Felgen, Freilauf. Viktoria, gelbe Felgen. Peros, schwarze Felgen, Freilauf. Orkan, gelbe Felgen. Atlas Nr. 11918. Ocean Nr. 68 176, grüner Rahmen gelbe Felgen. Weil, Mittelgelgen. Dieselbe Marke Nr. 87 607, schwarze Felgen. Zeha Nr. 208 881, gelbe Felgen, Freilauf. Hussard Nr. 87 527, gelbe Felgen. Erminent Nr. 171 801, gelbe Felgen, Freilauf. Maxim, schwarze Felgen, Freilauf. Wartburg Nr. 113 587, gelbe Felgen, Freilauf. Sultan, schwarze Felgen. Aliright, gelbe Felgen.

Neueste Nachrichten.

Neue Kämpfe in Mexiko.

New York, 24. November. Seit gestern nachmittag um 3 Uhr ist im Süden von Juarez bei Sierra Blanca eine äußerst heftige Schlacht im Gange. Es scheint dies die größte Schlacht zu sein, die seit Ausbruch des Aufstandes in Mexiko geschlagen wurde. General Villa verließ mit 7000 Mann und vier Automobilen-Mittraileusen die Stadt Juarez, um sich nach dem Süden des Landes zu begeben. In Juarez selbst wurden nur Truppen in Stärke von 1600 Mann zurückgelassen. Er stieß bald auf eine Avantgarde der Föderalisten, die bestaunenswerdend Mann stark war und unter Führung des Generals Caraves stand. Ein weiteres Korps der föderalistischen Armees eilte in kurzer Zeit zur Hilfeleistung herbei, und es entspann sich ein furchtbarer Kampf. Die föderalistische Armees die jetzt im Gewicht steht, wird auf 7000 Mann geschätzt. Ferner sollen noch weitere Verstärkungen von 3500 Soldaten von der Abteilung des Generals Crocco eingetroffen sein. Die Föderalisten verfügen außerdem über 40 Kanonen. In Juarez hört man unaufhörlich Kanonendonner.

New York, 24. November. Die Vereinigten Staaten haben beschlossen, zur Verstärkung der bereits an der mexikanischen

Grenze befindlichen elf Regimenter noch ein weiteres Regiment zu entsenden. Somit wird die Stärke der dort verfügbaren Truppen von 18 500 Mann auf 20 000 Mann erhöht.

Schwere Schiffsunglück.

70 Personen ertrunken.

Brussa (Reinassen), 24. November. Im Mikatasee fand ein Fahrzeug mit fast hundert Insassen. Nur dreißig konnten gerettet werden.

Von den Wellen weggerissen.

Kopenhagen, 24. November. Der in regelmäßiger Fahrt zwischen Kopenhagen und Island verkehrende dänische Postdampfer 'Kong Helge' traf gestern vormittag 9 1/2 Uhr in stark havariertem Zustande in Christiansand in Norwegen ein. Der Dampfer war am Sonntag, den 16. d. M., von Island abgegangen. Als er am Montag nördlich der Garderinseln war, wurde von dem Schiffe während eines Sturmes durch eine Sturzwellen die Kommandobrücke weggerissen, auf welcher sich gerade der Kapitän, der erste Steuermann und ein Matrose befanden. Die drei wurden von den Wellen fortgerissen und ertranken. Mehrere Leute der Besatzung wurden mehr oder weniger schwer verletzt. Zahlreiche Instrumente und Schiffsgeräte wurden zertrümmert.

In katholischen München.

München, 23. November. Hier fanden heute unter reger Beteiligung die Wähler der Arbeitnehmer zum Gewerbegericht statt. Insgesamt wurden 21 582 Stimmen abgegeben. Davon entfielen auf die freien Gewerkschaften 18 786 auf die Christlich-Sozialen 2842 Stimmen. Da nach dem Verhältniswahlssystem gewählt wurde, so erhalten die freien Gewerkschaften 53 und die Christlich-Sozialen 7 Wähler.

Die Pest in Rußland.

Krasd, 23. November. In der Kirgisensiepe sind im Bezirk Abychtsenk zehn Pestherde festgestellt worden und im Bezirk von Kalmykows einer. Seit Ausbruch der Seuche sind 189 Personen erkrankt. Davon sind 141 Personen gestorben. 48 sind noch krank.

Briefkasten.

Nr. 107. 1. Das können wir Ihnen nicht sagen; wir glauben nicht, daß so etwas in den Statuten steht. 2. Wenn ausgeführt wird, dürfte kaum der Lohn weiter gezahlt werden. 3. Es kommt darauf an, was die Arbeiter mit dem Unternehmer verabredet haben; in der Regel wollen die Arbeitgeber vom Bezahlen des Auslegens gar nichts wissen.

Nr. 108. 1. Auf dem Amtsgericht müssen Sie entweder persönlich erscheinen oder einen Vertreter zur Verhandlung schicken. 2. u. 3. Klein. 4. Amtsgericht Berlin (Mitte). 5. Die dem Manns gehörigen Sachen dürfen wegen Schulden der Ehefrau nicht gepfändet werden.

Schlicht. Ihre Frau kann schon am 1. Dezember abgehen und Lohn muß sie auch bekommen. Freilich sind den Leuten Unkosten entstanden, die von der Frau mit zu tragen wären.

G. Jaboye. Warten Sie doch die Klage ruhig ab. Fordert der Meister eine Entschädigung, so erwidern Sie, der Bezahlung ist mißhandelt worden und war im übrigen auch wegen Krankheit unfähig, die Lehre fortzusetzen. Sie laten deshalb recht daran, den Sohn aus der Lehre zu nehmen.

J. König. Jedes schulpflichtige Kind muß in Preußen einen Religions-Unterricht besuchen, entweder einen christlichen, jüdischen oder freireligiösen. Hat das Kind keinen freireligiösen Unterricht, so muß es an einem anderen Religionsunterricht teilnehmen.

Wasserstands-Nachrichten der Ober.

Table with 12 columns: Station, Pegel, Wasserstand, etc. Data includes stations like Berlin, Potsdam, and water levels.

Bersammlungen und Vereine.

Montag, den 24. November: Sozialdemokratischer Verein. Abends 8 Uhr Abrechnung der Bezirksführer in den Bezirkslokalen. Metallarbeiter. Abends 8 Uhr Unterrichtsbesuch im Gewerkschaftshause.

Advertisement for 'Die Perle des Orients' cigarettes. Features an image of a cigarette pack and the text 'MOHAMED Cigaretten' and 'No 2 = 2 Pfg. d. Stck'.

Der Reichsetat für 1914.

In einer Sonderausgabe veröffentlicht die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ den „Entwurf für den Reichshaushalt und für den Haushalt der Schutzgebiete auf das Rechnungsjahr 1914“. Der ordentliche Etat schließt in Einnahme und Ausgabe mit 3.403.011.671 Mark ab. Das sind 171.387.041 Mark weniger als im vorjährigen Entwurf. Für die Durchführung der Wehrverträge sind eingelegt: 152.782.119 Mark an dauernden und 268.820.871 Mark an einmaligen Ausgaben, in Summa also 421.602.990 Mark. Zur Deckung dient zunächst der jährliche Teil des Wehrbeitrages im Betrage von 393.820.871 Mark. Die Zölle, Steuern und Gebühren sollen einen Mehrbetrag liefern von 12.582.037 Mark; an Ueberüberschüssen sind veranschlagt: Reichspost 100.321.931 Mark (weniger gegen 1913 12.513.185 Mark); Reichsdruckerei 3.321.225 Mark (mehr 143.560 Mark); Reichseisenbahnen 30.212.069 Mark (weniger 1.179.820 Mark); Postwesen 18.271.000 Mark (mehr 1.971.000 Mark). Die Materialbeiträge bringen — 80 Pfg. pro Kopf — 51.940.794 Mark. Hier wird den Einzelstaaten ein kleines Geschenk gemacht, denn für die Bemessung dieser Beiträge ist der Stand der Bevölkerung im Jahre 1910 zugrunde gelegt.

Zur Schuldentilgung werden bereitgestellt bei der Reichspost 4.411.106 Mark, Eisenbahnverwaltung 742.766 Mark, Schutzgebiet Togo 51.069 Mark, Südwestafrica 261.092 Mark, aus allgemeinen Reichsmitteln 63.411.366 Mark. Die Reichsschulden beliefen sich am 31. März 1913 auf

4 805 796 200 M.

Diese Schuldenlast kann, wenn alle noch offenen Kredite begeben werden, bis zum 31. März 1914 stetig auf

5 200 000 000 M.

Die hauptsächlichsten Einnahmequellen sind, abgesehen von der Reichspost und der Eisenbahnverwaltung, von welchen beiden nur die Ueberüberschüsse der Reichspost zufließen:

Zölle	712 930 000 M.
Tabaksteuer	10 876 000 "
Zigarettensteuer	39 202 000 "
Ruckersteuer	163 252 000 "
Salzsteuer	61 144 000 "
Brannweinsteuer	193 995 060 "
Brauksteuer	128 950 000 "
Leuchtmittelsteuer	15 866 000 "
Zündwarensteuer	21 135 000 "
Eisigläure-Verbrauchsabgabe	825 000 "
Schamweinsteuer	9 910 000 "
Spezial- und Wechselstempel	21 132 000 "
Reichs-Steinabgaben	250 085 000 "
Erschließungssteuer	50 000 000 "
Wehrbeitrag	393 820 871 "

An der Spitze der fortbauenden Ausgaben steht die

Verwaltung des Reichsheeres mit	871 805 789 M.
Verwaltung der Marine	221 062 617 "
Allgemeiner Pensionsfonds	145 276 920 "

Die fortbauenden Ausgaben betragen 1.238.145.326 M.

Dazu kommen einmalige Ausgaben:

Verwaltung des Reichsheeres	344 823 048 M.
Verwaltung der Marine	287 4 9550 "

In Summa also 582 302 598 M.

Für die Marine stehen dann noch im außerordentlichen Etat 29.410.000 M., so daß die Rüstkungsausgaben insgesamt betragen

1.849.855.924 M.

Nicht berücksichtigt sind hierbei die Kosten für das Reichsmilitärgericht und diverse andere Ausgaben. Die anderen Ausgaben des Reiches verschwinden fast diesen Riesensummen gegenüber. Es erfordern insgesamt:

Reichsamt des Innern	119 968 174 M.
Reichsfinanzverwaltung	2 807 305 "
Außenamt	21 065 337 "
Reichsjustizamt	47 804 343 "
Reichskolonialamt	26 832 493 "

Der ordentliche Etat der Schutzgebiete ziffert sich in

Einnahmen und Ausgaben auf	110 123 298 M.
Der außerordentliche Etat auf	57 014 477 "
Die Schutzgebietsschuld auf	10 529 363 "
Der gesamte Etat der Schutzgebiete beträgt	177 667 138 "

Die Reichszuschüsse an die Schutzgebiete belaufen sich im kommenden Etatsjahr auf 30.795.642 M.

Das Auswärtige Amt schafft einige neue Konsulate im Ausland, wandelt niedrigere Stellen in höhere um und spendet den Völkern eine kleine Liebesgabe.

Das Reichsamt des Innern fordert eine Anzahl von neuen Beamten, eine Forderung, die mit dem Anwachsen der Geschäfte begründet wird.

Die Zinsen für die Reichsschuld betragen

184 196 847 M.

Angesichts dieser ungeheuren Summen, die für unproduktive Zwecke ausgegeben werden, ist die Frage berechtigt: Wo bleibt die Fortführung und Weiterbildung der Sozialpolitik? Nicht einmal die Mittel für die Herabsetzung der Altersgrenze für den Bezug der Altersrente auf 65 Jahre ist vorgesehen. Für solche Zwecke hat das Reich, das Mittelstücken für Rüstungszwecke ausgibt, keine Mittel zur Verfügung. Zur Unterstützung der Opfer der Arbeitslosigkeit ist nicht ein Pfennig in den Etat eingelegt. Die Fürsorge für das Volk muß der Fürsorge für die Rüstungsinteressen weichen, bis dem Volke endlich einmal die Möglichkeit geboten ist, aus dem Miltärstaat einen freien Volksstaat zu machen.

6. Hauptversammlung der Gesellschaft für soziale Reform.

Düsseldorf, 21. November.

Mit der zahlreicher Beteiligung trat heute hier die Gesellschaft für soziale Reform zusammen. Der Vorsitzende, Staatsrat Dr. v. Berlepsch, bedauerte, daß die Arbeiterkongressen nichts für die Herabsetzung des Schutzes der Jugendlichen von 16 auf 18 Jahre getan hat, koste aber, daß das Votum über den Maximalarbeitslag der Jugendlichen auch dieser Forderung zugute kommen werde. Jugendpflege und Jugendfürsorge sind in alle Munde, aber da darf es nicht bei Worten bleiben. Heute wollen wir uns über einige Fragen des Arbeitsrechts ausdrücken, die wir zusammen mit dem Ausschuss für den Verband der Gewerke und Mannschaften (Gewerkschaft) überbrachte die Grüße des Reichstages und des Reichssekretärs Dr. Teubner, der an der Arbeit der Gesellschaft lebhaftesten Anteil nehme. Nach weiteren Begrüßungsansprachen des Oberbürgermeisters Dr. Gehler und des Regierungs- und Gewerksrats Simon, der den Regierungspräsidenten vertrat, sprach als erster Referent Reichsanwalt Dr. Einzheimer-Frankfurt a. M. über

Die Haftung und Abdingbarkeit des Arbeitsvertrages.

Der große Streit, ob individueller oder kollektiver Arbeitsvertrag, ist zu Ende, es gibt für die Gesetzgebung, den Widerspruch zwischen Tarifvertrag und Einzelarbeitsverträgen aufzuheben und die Haftung der Tarifverträge zu klären. Das Verhältnis zwischen Tarif- und Arbeitsvertrag kann nur befriedigend geregelt werden, wenn das allgemeine Tarifinteresse dem Willen des Einzelnen auch rechtlich vorgeordnet wird. Die Bestimmungen des Tarifvertrages müssen demnach zwingend sein, daß alle Arbeitsverträge in Tarifbetrieben nur mit ihrem Inhalt zustandekommen können. Diese Unabdingbarkeit bedarf nach verschiedener Richtung einer besonderen Ausprägung: Die Tarifbestimmungen sollen nur das Mindestmaß fest, ausnahmsweise sollen auch tarifwidrige Sonderabreden mit Genehmigung des Gewerbegerichts oder einer anderen im Vertrag vorhergesehenen paritätischen Behörde gestattet sein, wenn sie im Interesse der Beteiligten liegen und das allgemeine Tarifinteresse nicht schädigen. Wo der Arbeiter mit einem untariflichen Lohn einverstanden ist, ist der Anspruch auf den Ueberlohn verneint, wenn er nicht binnen 4 Wochen geltend gemacht wird. Mündigungen von Arbeitsverträgen wegen Geltendmachung tariflicher Rechte dürfen nicht erfolgen. Der Tarifvertrag geht der Arbeitsordnung vor. Für die Haftung für Tarifverträge empfiehlt der Redner, daß der Haftung für Tarifverletzungen als Vertragsangehörigen, ob Vertragsparteien oder Vertragsmitglieder unterliegen, also nicht nur die Verbände, sondern auch ihre Mitglieder oder diejenigen, die es waren. Ist nichts anderes bestimmt, so kann es nicht als Friedensbruch gelten, wenn der korrekte Arbeitskampf während des Bestehens eines Tarifvertrages aufrichtliche Ziele verfolgt. Statt des Zivilprozesses ist eine tarifbehördliche Aufsicht einzuführen welche kleinere Tarifverletzungen mit Ordnungsgeldern und Zwangsmaßnahmen bestraft. Die Berufsvereine sind als tarifrechtliche Verwaltungsorgane anzuerkennen.

Wenn Verhandlungsmitglieder den Frieden brechen.

So hat der Verband können einer vom Gewerbegericht zu bestimmen Frist sie zum Frieden zu bringen oder auszuspüren, widrigenfalls der Verband selbst als Friedensbrecher gilt. Die Berufsvereine sind rechtsfähig zu machen und nur solche sollen Tarifverträge abschließen dürfen. Damit erfüllt die Haftung der Mitglieder, wird jedoch die Haftung der Verbände eingeführt. Die Gewerbegerichte sind auszugestalten und eine Reichsstelle als höchste Gerichts- und Verwaltungsbehörde zu schaffen. Die Gesetzgebung soll die lebendigen Kräfte des Tarifvertrages und seinen sozialen Geist vorurteilslos zur Kenntnis bringen. Ein solches Tarifgesetz liegt im Interesse der Tarifangehörigen und des Staates, der durch den Tarifvertrag nicht nur den Arbeitsfrieden zu fördern, sondern auch ein Organ fortschreitender Differenzierung und Sozialisierung des Arbeitsrechts zu gewinnen vermag.

Hierauf schloß sich eine sehr lebhaft Debatte, in der zunächst Redakteur Gleichauf vom S.-D. Gewerbeverein die Verdienste seiner Richtung um den Tarifgedanken hervorhob und sich scharf gegen den Terrorismus der Unternehmer und insbesondere der freien Gewerkschaften wandte.

Wagitztrat Dr. Wölblich, Berlin empfahl die Einführung von Bußen und Konventionalstrafen zur Sicherung der Einhaltung der Tarifverträge.

Reipart-Stuttgart, Vorsitzender des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes: Wir haben eine große Erfahrung in Tarifverträgen, denn in unserem Verband sind

Tarifverträge mit 15 000 Holzindustriellen abgeschlossen

worben, an denen 150.000 Holzarbeiter beteiligt sind. Wir lehnen es ab, auf die Ausführungen Gleichauf hier einzugehen. Wir legen aber Verwahrung dagegen ein, daß man einen Unterschied macht zwischen unserem Verhalten auf neutralen Konferenzen und unserer praktischen Erziehungsarbeit an den Arbeitern. Wir wenden uns gegen die von juristischer Seite geforderte Abdingbarkeit der Tarifverträge. Es müßte für die Juristen ein letztes sein, auf Grund des geltenden Rechts die Unabdingbarkeit festzusetzen. Falsch ist es, daß die freien Gewerkschaften die Gefahr der Haftung nicht erkannt hätten. Sie haben vielmehr gerade auf diesem Gebiete eine große Erfahrung sammeln können. Sie sind deshalb auf den Ausweg gekommen, die Bestimmung in die Tarifverträge aufzunehmen, daß zivilrechtliche Ansprüche beiderseits nicht erhoben werden dürfen. Wenn der Referent den Streit innerhalb des Tarifvertrages zulassen will, auch den Streit aus politischen Gründen, so könnte das zu unangenehmen Konsequenzen führen, die im Interesse der Tarifparteien lieber vermieden werden sollten. Das tarifgesetzliche Recht des Generalkonflikts wäre eine außerordentliche Hilfe für die Gewerkschaften, und da wollen wir lieber auf dieses Recht verzichten (Bitterkeit). Da sind uns doch die Tarifverträge mehr wert. (Lebhafter Bravo!) Solange die gegenwärtige Verteilung von Reich und Geld in Deutschland vorhanden ist, solange wird unser Mißtrauen gegen eine gesetzliche Regelung fortbestehen, trotz der guten Absichten, die der Herr von der Gesellschaft für soziale Reform zweifellos haben. Wir wollen uns lieber mit dem gegenwärtigen Zustand abfinden, als daß eine Gesetzgebung zustande gebracht würde, die für uns weniger günstig wäre. Welt das Recht des Arbeiters in Deutschland im allgemeinen noch wenig Anerkennung gefunden hat und findet, sind wir der Meinung, daß wir am besten fahren, wenn wir uns

auf unsere eigene Stärke und Macht stützen.

Wir werden auch künftig unsere Macht den Arbeitgebern gegenüber noch zu stärken suchen. Wir lehnen deshalb eine Umkehrung der Gesetzgebung ab, trotzdem vieles im argen liegt. Mächtiger wäre es, die bestehenden Gesetze auf die Verhältnisse des Arbeiters sozial und gerecht anzuwenden.

D. v. Berlin, Bevollmächtigter des Gesamtverbandes der Metallindustriellen, erklärte sich gegen den Tarifvertragsgedanken, der zum Koalitionszwang führe und infolge dessen den Kampfs der Arbeiterverbände untereinander verschärfte.

Lehmann vom Zentralverband christlich-Katholischer Bergarbeiter verlangte, daß wenn zwei Drittel der Arbeitgeber einen Ta-

arifvertrag schließen, er dann auch für das außertarifliche letzte Drittel zu gelten habe. Bedauerlich ist die Anerkennung des Referenten für die freien Gewerkschaften.

Der Vorsitzende erlucht, von einer solchen Politik Abstand zu nehmen.

Reichstagsabgeordneter Robert Schmidt-Berlin, Vertreter der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands,

erklärt, er habe nicht die Absicht, auf die Frage des Verdienstes der freien Gewerkschaften an den Tarifverträgen einzugehen, das gehört nicht hierher. Die Erringung von Tarifverträgen hänge nicht von irgendwelchem Wohlwollen ab, sondern sei eine Machtfrage. Deshalb hat der Referent mit Recht betont, daß die Mitwirkung freier Gewerkschaften der Einführung von Tarifverträgen die Wege bereite. Es falle ihm nicht ein, befehlen zu wollen, daß die Arbeit- und Christlichen stets für die Tarifverträge eifrig eingetreten seien. Wenn der Vertreter der Metallindustrie hier sagte, daß diese hinter dem Tarifvertrag ein großes Fragezeichen machen, dann erwidere ich: Auch diese Zeichen, verehrte Herren, werden sich ändern! (Bitterkeit.) Und zwar wird das in dem Maße geschehen, wie die Arbeiterorganisation in ihrem Gewerbe Bedeutung gewinnt. Wenn Sie alle ein bis zwei Jahre einen Streit haben, dann wollen wir erst einmal sehen, wie verständig Sie dann den Tarifverträgen gegenüber stehen werden! (Sehr gut!) Dann wird auch die deutsche Regierung dem Beispiel der englischen folgen und einsehen, daß es notwendig ist, so mächtigen Kräfte in einem gegenüber sich einzustellen und von ihnen zu verlangen, daß sie den Arbeitern ein Mindestmaß von Arbeitsrecht geben. Dann werden unsere Organisationen Ihrer Fragezeichen bald wegschreiben haben! Es gibt verschiedene Fragen, in denen ein Eingreifen der Gesetzgebung nötig wäre. Aber unsere Erfahrungen machen uns höchst misstrauisch dagegen. Was hat denn die Rechtsprechung aus dem Erpressungsbruch und aus der Notigung gemacht! Auch Leute aus anderen Lagern haben die Hände über dem Kopf zusammen geschlagen, wie unsere Rechtsprechung sich einseitig auf den Standpunkt einer Richtung stellt, die ohnehin mit allen wirtschaftlichen Mitteln ausgestattet ist. Im Laugewerbe sind es heute die Unternehmer, die aussperren, wenn nicht das Tarifverträge gemacht werden. Auch dort hat man einst das Fragezeichen gemacht. (Sehr gut!) Der gute Wille der Rechtsprechung muß bei der Rechtsprechung Anerkennung finden. Dann werden wir auch eine Zeit ohne gesetzliche Regelung auskommen. Damit können wir aber durchaus nicht für alle Zeiten die gesetzliche Regelung ab. (Bravo!) Referent Robert Schmidt-Berlin hält ebenfalls die Zeit für gesetzliche Regelung noch nicht für gekommen.

Schmidt-Berlin von den S.-D. Gewerbevereinen nimmt Gleichauf in Schutz, der sich von der Empörung über die Bekämpfung der kleineren Gewerkschaften durch die großen hinhängen lassen; schließen doch die freien Gewerkschaften Tarifverträge ab, wonach nur ihre Mitglieder beschäftigt werden dürfen. Aber in Bezug auf die Tarifverträge ist man von dem früheren Klassenkampfstandpunkt kaum noch abgekommen, bei den Konsumvereinen geht man ebenso vor, und so wird kein ein Zusammenwirken der Arbeiterorganisationen und der Sieger des Tarifvertrages bis in die Werkstätten der Großbetriebe vorbereitet. An der Zuverlässigkeit der Gewerkschaften hat niemand ein Recht zu zweifeln, nach ihrem Vorgehen gegen die Disziplinbrecher in der Buchdruckerei Scherl und auf den Weifen. Die weitere Debatte war juristischen Gesichtspunkten gewidmet. Am Sonnabend gehen die Verhandlungen zu Ende.

Schlesien und Posen.

Oslaw, 14. November. Straßbarer Diebstahl. Der Wirtschaftskassier F. in Gauslau hiesigen Kreises hatte vor Rittergutspächter Conrad ein Jagdgewehr mit dem Auftrage erhalten, Krähen zu schießen. F. schoß auf eine Krähe und trat dann, ohne das Gewehr zu schießen, zu den auf dem Felde beschäftigten galizischen Arbeitern. Einer derselben, der Vorarbeiter Mikela Protas, meldete F., daß der Arbeiter Bajal Jila eine zweifelhafte Akerwage entwendet hätte. F. drohte Jila mit erschwerter Weile auf ihn an, ohne daran zu denken, daß das Gewehr nicht geladert ist. Der Schuß trachte und die Ladung ging dem kaum vier Meter entfernten Jila in das linke Bein. Er mußte alsbald zu einem Arzt in Wanien geschafft und von diesem in das Kreiskrankenhaus Oslaw übergeführt werden. Da die Verwundung eine sehr schwere ist, besteht wenig Hoffnung, daß das Bein wird erhalten bleiben können.

Reichenbach, 24. November. Gelddiebstahl. Ein Einbruchsdiebstahl wurde in der Nacht zum Sonnabend im Schlosse des Landrats A. D. Dr. v. Seydlitz in Dabendorf verübt. Aus einem erbrochenen Schreibtisch wurden etwa 800 Mark sowie mehrere Schuhe, Cigarren und Zigarren gestohlen. Mehrere Weinflaschen wurden auch geleert.

Gradenfrei, 24. November. Feuer. Ein gefährliches Feuer wüthete am Donnerstag morgen auf dem Grundstücke des Bräuerhauses. Vernichtet wurden eine Scheune und Stall sowie in einem Schuppen ein großer Posten Weizen. Der Schaden beträgt mehrere Tausend Mark. Verbrannt sind auch 200 Zentner Heu und Grummet. Pferde und Rinder wurden gerettet.

Wittenberg, 24. November. Im Zeichen der Fleißigkeit. In der hiesigen Stadtverordnetenversammlung wurde bei Beratung des Schlachthofetats mitgeteilt, daß die Schlachttiere des Rindviehs, der Schweine usw. ständig sinke, dagegen Pferde- und Hundeschlachtungen außerordentlich zugenommen hätten. Im Jahre 1909 wurden geschlachtet 657 Stück Großvieh, 1288 Rinder, 2447 Schweine, 277 Schafe, 151 Ziegen, dagegen nur 171 Pferde und 6 Hunde, 1912 aber wurden geschlachtet Großvieh 612 Stück, Rinder 920, Schweine 2382, Schafe 157, Ziegen 85. Die Pferdeschlachtung war aber auf 259 und Hundeschlachtung auf 74 hinausgeschwollen. Trotz dieser Ziffern behaupten natürlich die Lohnschreiber der konservativen-herklichen Grundbesitzer, daß die Arbeiter heute besonders besser leben wie früher.

Habelschwerdt, 24. November. In die Dreifaltigkeit geraten. Töblich verunglückt ist in Kaiserwalde hiesigen Kreises der Glasmacher August Länger beim Bedienen der Dreifaltmaschine. Er geriet in das Getriebe und erlitt so schwere Verletzungen, daß der Tod bald eintrat.

Wismar, 24. November. Töblicher Unfall. Im hiesigen Uberschen Mühlenetablisement wurde der Arbeiter Feil von dem Treibriemen erfasst und so heftig an die Wand geschleudert, daß er nach wenigen Minuten verstarb.

Wismar, 24. November. Auf unglaublich leichtfüßige Weise hantierte der Dienstknecht Heubach in seinem mit einem geladenen Revolver. Er hielt die Waffe seinem Mitleid, der noch im Bette lag, vor dem Kopf und drückte los. Die Kugel drang oberhalb des Auges in die Stirn. Der Schwere

verleitet wurde in das Krankenhaus gebracht. Sein Aufkommen ist zweifelhaft.

Castra, 23. November. Dem Verdienste seinen Orden. Dem Vereinssekretär Practorius, Leiter der hiesigen gelben Organisation, genannt christlich-königlicher Arbeiterverein, ist das Kreuz des Allgemeinen Ehrenzeichens verliehen worden. Nebenbei können wir dem Herrn diese Auszeichnung, denn gegenwärtig sind diese ja billig und man braucht dazu schließlich keine besonderen Verdienste zu haben. Eine Position Kuratstabschef und den Arbeitern Entlassung zu verweigern, während die Forderungen und Befehle in U-berfluss leben, das genügt schon, um einen Viepmach zu bekommen. Im Glauben seiner ordensgemässen Kräfte wird Herr Practorius wohl mit erhöhter Kraft nach der Marke Reichsverband den Verdingungs-feldzug gegen die freien Gewerkschaften und Sozialdemokratie fortsetzen. Uns kann es nur recht sein, denn Scharen haben wir dabei nicht.

Paschau, 24. November. Aus der Partei. Am Sonntag fand eine Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins statt, die leider sehr schwach besetzt war. Zunächst nahm man den Bericht von der Jugendleiterkonferenz entgegen und dann erstattete Genosse Klein einen kurzen Bericht von den Vorarbeiten zur Vorstandswahl der Krankenkasse. Er konnte hierbei die Mitteilung machen, daß wir durch die Unterstützung des jetzigen Kassenvorstandes gezwungen wurden, unsere eingereichte Liste umzuändern. Erst vom Versicherungsamt mußten sich die Herren aber befehlen lassen, daß sie Unrecht hatten und ersuchten um Einreichung der zuerst beanstandeten Liste. Nach Erledigung einiger innerer Vereinsangelegenheiten schloß der Vorsitzende die Sitzung mit der dringenden Mahnung an die Genossen, das nächste Mal für einen besseren Besuch zu sorgen.

Aufgefundene Kindesleiche. Ende August berichteten wir über das Ertrinken des 6-jährigen Knaben Luy von hier im Kanthaback. Die Leiche des Knaben wurde vorige Woche von den am Wasser überdenden Pionieren in Reiffe aufgefunden.

Kreisau, 23. November. Allgemeine Ortskrankenkasse der Stadt Trebnitz. Endlich hat der Vorstand die Wahl für den Ausschuss festgesetzt; diese findet den 4. Januar im „Gelben Löwen“ statt. Die Arbeitnehmer wählen von 3-6 Uhr nachmittags, die Arbeitgeber von 6 1/2-7 1/2 Uhr abends. Zu wählen sind von den Arbeitnehmern 24 Vertreter und 48 Ergänzmänner, von den Arbeitgebern 12 Vertreter und 24 Ergänzmänner. Die Vorschlagsliste des Vorstandes liegt vom 23. November d. J. ab im Kassenlokal, Magazinstr. 12, während der Dienststunden zur Einsicht aus und müssen weitere Vorschläge bis spätestens 7. Dezember beim Vorstande eingereicht sein. Die Wahl ist geheim und wird nach dem System der gebundenen Listen und den Grundzügen der Verhältniswahl gewählt.

Mun, Arbeiter, tut eure Pflicht, d.h. die katholischen und evangelischen Arbeitervereine arbeiten mit allen zur irdischen Mitteln und nicht immer in der lautersten Weise daran, auch eure Rechte zu schmälern. Deshalb ist es unbedingte Notwendigkeit, daß am Wahltag jeder Einzelne zur Wahl erscheint. Auch die Frauen müssen von ihrem Wahrecht Gebrauch machen.

Gleichzeitig machen wir darauf aufmerksam, daß Sonntag, den 30. November, nachmittags 5 Uhr, im kleinen Saale des „Gelben Löwen“ die öffentliche General-Versammlung der Krankenkasse stattfindet. Ebenso machen wir darauf aufmerksam, daß Mittwoch, den 26. d. Mts., abends 8 Uhr, im großen Saale des „Gelben Löwen“ eine öffentliche Krankenkassenversammlung stattfindet, wozu die Mitglieder sämtlicher Krankenkassen, also auch die Frauen, freundlichst eingeladen sind. Redner ist Arbeitersekretär Weiser-Breslau.

Neustadt O.S., 24. November. Bei den Stadiverordneten-Wahlen der dritten Abteilung erhielten die verbliebenen drei bürgerlichen Gruppen 601 bzw. 604 Stimmen,

während auf unsere Genossen 176 bzw. 173 fielen. Die Wahlbeteiligung war gegen die vorige Wahl etwas schwächer. Während die Gegner 36 Stimmen einbüßten, betrug unser Verlust 76. Daß dieses Resultat für uns keineswegs befriedigend ist, müssen wir rückhaltlos eingestehen. Wenn wir auch berücksichtigen, daß durch den fortwährenden Verzug gerade unserer Genossen es schwerer ist, vorwärts zu kommen, so hätte doch das Resultat ein besseres sein müssen. Wenn auch mit einem Siege unsererseits gegen die geschlossene Phalanx der Bürgerlichen, denen noch in geradezu selbstmörderischer Weise die große Anzahl der christlichen Arbeiter nachläßt, nicht zu rechnen ist, so dürfte doch keiner seine Pflicht vernachlässigen. Nüchtere Arbeit wird es bedürfen, um die erlittene Schlappe doppelt wieder wett zu machen.

Neustadt O.S., 24. November. Von den Steinsehern! Eine Zusammenkunft der Steinseher tagte Sonntag im Gewerkschaftshaus. Nach Umrund des verstorbenen Kollegen Fischer durch Erheben von den Plänen wurden einige dringende Angelegenheiten bezüglich einer angezeigten Auszahlung von Sterbeunterstützung erörtert. Nach genauerer Information wurde diese richtiggestellt und an die zuständige Stelle des Verbandes berichtet zur Rechtfertigung des Fiktalfassers. Hieraus wurde Kollege Marsch-Breslau als Verbandsbeirat für den Gau Elbstadt gewählt.

Posen, 24. November. Die Schlußabrechnung der Ostdeutschen Ausstellung. Der Abschluß unserer Fondseiner gehen nicht nur voll und frei aus, sondern die Ausstellungsgeldung ist auch in der Lage, die von der Stadt Posen zur Verfügung gestellten 100 000 Mark zur größeren Hälfte zurückzahlen. Wie sich bei der jetzt erfolgten Schlußabrechnung herausgestellt hat, werden der Stadt Posen rund 53 000 Mark an obige Summe zurückgeliefert. — So glücklich wird die Breslauer Jubiläums-Ausstellung wohl nicht abschneiden.

Posen, 24. November. Geständnis eines Mörders. Am dritten Verhandlungstage gegen den des Mordes angeklagten Handelsmann Flechner legte dieser nach einem Totfalltermin ein offenes Geständnis ab, einen Kaufmann im Walde ermordet und beraubt zu haben. Die Geschworenen verurteilten Flechner zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe.

Meeritz, 24. November. Ein alter Sünder. Der 61-jährige Rentempfänger Kurzhahn von hier ist wegen Sittlichkeitsverbrechen an Schulkinder von der Strafammer zu anderthalb Jahren Gefängnis verurteilt worden.

Schwef (Weichsel), 24. November. Ausgerückter Epion. Unter dem Verdacht der Espionage war vor einiger Zeit der russische Student Wjexinski verhaftet und in das Gefängnis in Graudenz eingeliefert worden. Zur Vernehmung verschiedener Zeugen aus dem Kreis Schwef und zur Gegenüberstellung mit denselben wurde Wjexinski vor einigen Tagen nach Schwef gebracht. Als er nun mit anderen Gefangenen sich auf dem Gefängnishofe befand und der diensthabende Beamte die Aufsicht auf kurze Zeit unterbrechen mußte, entfloß Wjexinski. Die in größerem Umfang vorgenommenen Verfolgung sind resultatlos aus.

Hohenau, 24. November. Kampagnen der P. P. Eine öffentliche Parteiverammlung, besucht von hundert Personen, darunter mehrere Frauen, tagte hier am Sonntag. Ueber das Thema: „Hilfe den Verdrissenen!“ sprachen die Genossen Matuszewski in polnischer und Hartwig in deutscher Sprache. Beide Vorträge fanden lebhaften Beifall. In der sich anschließenden Diskussion erstand aus drei Angehörigen der polnischen Berufsvereinigung der P. P. eine Schutztruppe. Der Vorsitzende der polnischen Berufsvereinigung, ein Herr Lisiecki, forderte die polnischen Arbeiter auf, sich der P. P. anzuschließen, ein anderer, Grolchowski, befahl die Säure zu beschaffen, Matuszewski

erhalte 100 Mk. extra für die Bekämpfung der P. P. S. Ueber dem stehen in Oberschlesien für den gleichen Zweck 4000 Mark zur Verfügung. Das habe im „Diennik“ gefunden. Vom Genossen Matuszewski als auch vom Genossen Hartwig wurde den neuen Kampagnen der P. P. S. trefflich heimgeleuchtet und mit einigen Ausnahmen waren alle Anwesenden davon überzeugt, daß es sich hier um einen habgierlichen Schwindel handelte, der von den P. P. S.-Leuten in die Welt gesetzt wird, um ihr arbeiterfeindliches Treiben zu verdecken. — Wir beglückwünschten die Führer der immer mehr dem Verfall entgegengehenden P. P. S. zu den neuen „Kampagnen“ aus den Reihen der polnischen Berufsvereinigung.

Nus Oberschlesien.

Katowitz, 24. November. Von drei Raubgefallen überfallen wurde nahe der Parkanlagen der Ferdinandgrube der Schachtmeister Golla. Die Räuber schlugen ihn zu Boden, so daß er ohne Bewußtsein liegen blieb und raubten ihm Uhr und Kette, sowie ein Portemonnaie. Der Vorfall ereignete sich am Mittwoch abend. Durch einen Zufall entdeckte der Ueberfallene selbst, als er am Donnerstag in Katowitz war, in einem der Arbeiter einen der Ueberläufer und veranlaßte seine Festnahme. Der Festgenommene, Alois Wrozek, der von der Staatsanwaltschaft in Bochum stechbrieflich gelocht wird, verriet als seine Kampanen die Arbeiter Peter Panfa aus Janowitz und August Gierbiez aus Idawitz, die gleichfalls verhaftet wurden.

Schweidnitz, 24. November. Gefahr der Grube. Beim Firstennartheil auf der Donnermarckgrube wurde der Häuer Monroth von plötzlich herbeistreichenden Bergen verschüttet und so schwer verletzt, daß er noch am selben Tage im Röhrliner Knappschafstlozaretz gestorben ist.

Röschhütte, 24. November. Töblicher Sturm aus dem Fenster. Das zweijährige Kind des Schneidemeisters Josef Will aus Kochowitz stürzte aus einem Treppenfenster etwa drei Meter tief auf steinerne Treppentritt und zog sich einen Schädelbruch zu, an dessen Folgen es gestorben ist.

Salzau, 24. November. Nach der Hochzeit erhängt. Der etwas über 21 Jahre alte Hüttenhelfer Sch., Sohn eines hiesigen Schuhmachereisters, ließ sich am verfloffenen Dienstag nachmittag mit seiner 18-jährigen Braut trauen. Am Hochzeitabend kam es zwischen beiden jungen Eheleuten zu einem heftigen Streit. In der Frühe des folgenden Bultags fand man den jungen Mann erhängt in der Werkstelle seines Vaters vor.

Table with 2 columns: Item description and Price. Includes items like 'Breslau, 24. November. Feigefest von der Wirtschaftungskommission für Getreide' and various flour and grain prices.

Refer! Bevorzugt bei Caern Einkäufen unsere Lieferanten und die Abreise des Bezugs-Lucien-Verzeimijes.

B. Preussisch-Süddeutsche (229. Königl. Preuss.) Klassenlotterie

5. Klasse 13.ziehungstag 22. November 1913 Vormittag

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die volle gleiche Nummer in den beiden Abteilungen I u. II.

Nur die Gewinne über 240 M. sind in Klammern beigelegt. (Ohne Gewähr u. St. A. f. B.) (Nachdruck verboten)

Table of lottery numbers for the 5th class, 13th drawing, 22. November 1913. Includes columns for numbers and prize amounts.

B. Preussisch-Süddeutsche (229. Königl. Preuss.) Klassenlotterie

5. Klasse 13.ziehungstag 22. November 1913 Nachmittag

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die volle gleiche Nummer in den beiden Abteilungen I u. II.

Nur die Gewinne über 240 M. sind in Klammern beigelegt. (Ohne Gewähr u. St. A. f. B.) (Nachdruck verboten)

Table of lottery numbers for the 5th class, 13th drawing, 22. November 1913. Includes columns for numbers and prize amounts.

B. Preussisch-Süddeutsche (229. Königl. Preuss.) Klassenlotterie

5. Klasse 13.ziehungstag 22. November 1913 Nachmittag

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die volle gleiche Nummer in den beiden Abteilungen I u. II.

Nur die Gewinne über 240 M. sind in Klammern beigelegt. (Ohne Gewähr u. St. A. f. B.) (Nachdruck verboten)

Table of lottery numbers for the 5th class, 13th drawing, 22. November 1913. Includes columns for numbers and prize amounts.

B. Preussisch-Süddeutsche (229. Königl. Preuss.) Klassenlotterie

5. Klasse 13.ziehungstag 22. November 1913 Nachmittag

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die volle gleiche Nummer in den beiden Abteilungen I u. II.

Nur die Gewinne über 240 M. sind in Klammern beigelegt. (Ohne Gewähr u. St. A. f. B.) (Nachdruck verboten)

Table of lottery numbers for the 5th class, 13th drawing, 22. November 1913. Includes columns for numbers and prize amounts.